

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Einige Winke für die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes.

Am 15. Mai ist das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten. Unsere Ortsgruppenleitungen und Vertrauensmänner der Sektionen mögen folgende vorläufigen Verhaltensmaßregeln beachten:

1. Vom 15. Mai an bedarf es keiner Anmeldung von Vereinsversammlungen mehr; ebenso sind Fabrik- oder Werkstattversammlungen nicht anmeldepflichtig. Öffentliche Versammlungen brauchen auch nicht angemeldet zu werden, wenn sie in Tagesblättern oder durch Plakate vorher öffentlich bekannt gemacht werden.

2. Die Einreichung der Namen der Vorstandsmitglieder sowie der Verbandsstatuten ist unter allen Umständen zu unterlassen. Wo es von den Verwaltungsbehörden verlangt werden sollte, ist der Rechtsweg zu beschreiten; natürlich zuerst dem Hauptvorstand Mitteilung zu machen, der das weitere veranlassen wird.

3. Frauen und Minderjährigen kann die Teilnahme an öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen nicht mehr untersagt werden. Ob der Jugendlichparagraph auf unsere Gewerkschaften Anwendung findet, ist noch zu entscheiden; vorläufig betrachten wir uns als unpolitische Vereine, die auch Jugendliche (unter 18 Jahren) als Mitglieder aufnehmen können.

4. Das von den Gegnern häufig beliebte Verlangen nach Bureauwahl in öffentlichen Versammlungen ist hinfällig. Nach § 10 des neuen Gesetzes ist der Einberufer der legitime Leiter der Versammlung und hat das Recht, den Vorsitzenden zu bestimmen. Dieser hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen, besitzt also ohne weiteres das Hausrecht.

In allen strittigen Fällen bei der Handhabung des neuen Vereinsgesetzes wende man sich an die Bezirksleiter oder die Zentrale. Ueber die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und ihre Auslegung orientiert die vom Gesamtverband herausgegebene Broschüre: Anleitung zur Handhabung des Vereinsgesetzes von C. M. Schiffer, die hoffentlich in jeder Ortsgruppenleitung vorhanden ist.

Zur Generalversammlung.

Anfang September ds. J. wird in München die fünfte Generalversammlung unseres Verbandes stattfinden, wie aus der in voriger Nummer veröffentlichten Bekanntmachung des Vorstandes hervorgeht. Generalversammlungen — die höchste Instanz der Gewerkschaftsorganisation — sind für die Mitglieder des Verbandes stets von der allergrößten Bedeutung. Die Verbandstage mit ihren Beschlüssen bilden die Meilensteine in der Entwicklung der Organisationen, wie wir es besonders drastisch bei unserem christlichen Metallarbeiterverband beobachten können. Und so wird auch der kommende Verbandstag in München für den Verband und seine Mitglieder von großer Bedeutung sein. Er wird zwar keine Aufgaben von solch weittragender Bedeutung zu lösen haben, wie einige seiner Vorgänger, aber dennoch ist das vorhandene große Interesse der Verbandsmitglieder an der bevorstehenden Generalversammlung vollauf berechtigt.

Zunächst gilt es in München, die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse des von der letzten Generalversammlung eingeführten Unterstützungssystems zu sichten, zu prüfen und die für die Entwicklung des Verbandes nötigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. In einer Reihe von Artikeln im Organ sowie in den bisher stattgefundenen Bezirkskonferenzen ist ja über diesen Punkt schon Aufklärung in die Mitgliederkreise hineingetragen worden. Die bisherigen Erfahrungen in der Praxis der

Erwerbslosenunterstützung

haben deutlich bewiesen, daß die Ausgaben für diesen

Zweck nicht in richtigem Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Soll die Hauptaufgabe des Verbandes: Erringung besserer Lohn- u. Arbeitsbedingungen nicht zurückgebrängt und ihre Durchführung gefährdet werden, so ist ein Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung unbedingt notwendig.

Im vorigen Jahre betrug die Gesamtausgabe für die Erwerbslosen- (Arbeitslosen- und Kranken-)Unterstützung laut Abrechnung 78 229,58 Mk., im ersten Quartal 1908 dagegen allein schon 59 281 Mk. Durchschnittlich pro Woche 4637 Mk. Es braucht wahrlich einer kein großer Rechenkünstler zu sein, um hier auf den ersten Blick zu erkennen, daß bei solchen enormen Ausgaben auch die Opferwilligkeit der Mitglieder eine entsprechende sein muß, wenn nicht der Verband, also die Mitglieder selbst, darunter leiden sollen.

Wie soll nun das richtige Gleichgewicht zwischen Leistungen und Einnahmen hergestellt werden? Da gibt es mehrere Wege: Herabsetzung der Unterstützungssätze oder Erhöhung der Beiträge oder beides zugleich. Die bisher stattgefundenen Bezirkskonferenzen haben, wie schon in den Berichten mitgeteilt, sich für eine

Erhöhung der Beiträge

ausgesprochen. Sie haben sogar den Antrag an den Hauptvorstand gestellt, die Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. pro Woche schon vor der Generalversammlung, mit Gültigkeit vom 1. Juli an, zu beschließen und im ganzen Verbandsgebiet durchzuführen. Diese Anträge der Bezirkskonferenzen ehren den Opfermut und den Weitblick unserer Verbandsmitglieder. Wenn das nun auch gemäß dem Verlangen der Bezirke durch den Vorstand geschehen wird, so hat aber dennoch die Generalversammlung diese Maßnahme zu bestätigen und etwaige daraus sich ergebende Änderungen des Statuts zu beraten und zu beschließen. Bei einer generellen Beitragserhöhung um 10 Pfg. pro Woche wird eine Erhöhung der Unterstützungssätze wohl kaum in Erwägung zu ziehen sein, weil dann das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen doch nicht gebessert wäre. Vielleicht wird die Generalversammlung schon in Bezirkskonferenzen und Mitgliederversammlungen aufgelauchten Gedanken näher zu prüfen haben, ob nicht eine Verminderung einzelner Unterstützungen, vornehmlich der Krankenunterstützung, im Interesse des Verbandes geboten erscheint. — Das hier sollen allerdings nur unverbindliche Anregungen sein, wie damit überhaupt die Diskussion zum Verbandstag eingeleitet werden soll. Die wichtigen Gedanken aus Mitgliederkreisen werden sich zweifelsohne ja auch im Laufe der nächsten Zeit zu ernstlichen Vorschlägen und Anträgen verdichten. Dann kann noch weiter darüber geredet werden.

Wie die meisten der vier früheren Generalversammlungen steht mithin auch die bevorstehende wieder im Zeichen einer

Steigerung der Opferwilligkeit.

Manche Kollegen werden vermutlich wenig erbaut davon sein und hier und da hört man die Worte: Hört das mit dem Erhöhen der Beiträge denn niemals auf? Diese Kollegen übersehen eben die ganze Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, die uns Arbeiter zur Ansammlung starker, wirtschaftlicher Kampfmittel zwingt, wenn wir nicht gegenüber den Unternehmern den Kürzern ziehen wollen. Wir hören schon wieder alle die alten Einwände, die bei den früheren Beitragserhöhungen ins Feld geführt wurden, die sich aber im wesentlichen alle durch die Praxis als nicht stichhaltig erwiesen haben. Gewiß gibt es für die schlecht Entlohnerten — und ihre Zahl ist im Metall- und chemischen Gewerbe nicht gering — eine Grenze in der Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge. Deshalb wird auch ohne Zweifel zur kommenden Generalversammlung wieder die Frage der

Einführung von Staffelbeiträgen

austauchen. Das ist aber eine äußerst schwierige Frage und in keiner Industrie liegt sie schwieriger für die praktische Durchführung, wie in der Metallindustrie.

Eine ganze Reihe von christlichen Bruderverbänden haben ja in den letzten Jahren das System gestaffelter Beitragsleistung eingeführt, so z. B. die Bau-, Textil-, Hilfs-, Tabak- und Keramikarbeiter. Aber in keinem dieser Berufe ist die Mannigfaltigkeit der Einzelbranchen und die Verschiedenheit der Entlohnung so groß, wie in der Metallindustrie. Deshalb lassen sich stichhaltige Vergleiche zwischen den vorhin genannten Berufen und unserer Metallindustrie auch mit dem dort gemachten bisherigen Erfahrungen leider nicht anstellen. Unsere um mehrere Jahrzehnte älteren Konkurrenzverbände haben bekanntlich das schwierige Problem einer Beitragsstaffelung bis heute auch noch nicht zu lösen vermocht. Der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband hat es auf seiner letzten Generalversammlung nur bis zur Einsetzung einer Kommission gebracht, die diese Frage eingehend prüfen und der nächsten Generalversammlung Vorschläge machen soll.

Einmal werden wir gewiß Staffelbeiträge in unseren Metallarbeiterorganisationen bekommen, das liegt schon in der großen Unterschiedlichkeit der Löhne begründet. Ob es aber möglich und zweckdienlich ist, mit der niedrigsten Staffel unter 60 Pfg. pro Woche zu bleiben, das ist eine Frage, die an dieser Stelle nicht ohne weiteres mit ja oder nein beantwortet werden kann. Die Generalversammlung in München wird über diese Frage gewiß nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können; sie wird aber auch kaum im Stande sein, diese äußerst schwierige Aufgabe schon endgültig zu lösen. Hoffentlich wird die diesbezügliche Aussprache uns einen guten Schritt zur Klärung dieser Frage weiterbringen. — Ein ernstes Wort wird der Verbandstag in München gegenüber der sich hier und da breitmachenden,

egoistischen Unterstützungsjucht

zu reden haben. Diejenigen Mitglieder, die mit dem gegenwärtigen hohen Unterstützungssätzen noch nicht genug haben und immer mehr verlangen, zeigen damit, daß sie nur aus egoistischen selbstfüchtigen Motiven der Organisation angehören, von den Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung aber keine Ahnung haben oder dieselben ihrer Selbstsucht zum Opfer gebracht haben. Hierin gehört auch der bedenkliche Unflug, der in einigen Ortsgruppen mit allen möglichen und unmöglichen Lokalunterstützungen getrieben wird. Die Generalversammlung sollte Mittel und Wege suchen, wie dieser bedenklichen Erscheinung zu steuern ist, ob nun durch statutarische Bestimmungen oder auf sonstige Art und Weise, das sei vorläufig offen gelassen.

Ganz entschieden muß es auch zurückgewiesen werden, wenn hier und da auf angeblich höhere Unterstützungen in gegnerischen

Konkurrenzverbänden

hingewiesen wird. Von gegnerischer Seite wird hien den Arbeitern und auch mit Vorliebe unsern Kollegen oft das Blaue vom Himmel herunter vorgeschwindelt. Das Prahlern mit höheren Unterstützungen ist gewöhnlich nur eine dreiste Vorspiegelung falscher Tatsachen. Wenn vielleicht in einigen Großstädten vom sozialdemokratischen Verband höhere Unterstützungen wie in unserm Verband gezahlt werden, dann ist es nur dort, wo die sozialdemokratischen Mitglieder auch 70, 75, 80 Pfg. und mehr pro Woche Beitrag bezahlen. In manchen Städten liegt es jedoch noch so, daß die sozialdemokratischen Mitglieder 10 bis 20 Pfg. pro Woche mehr wie unsere Kollegen bezahlen und trotzdem keine höheren Unterstützungen bekommen. Das soll kein Vorwurf für den deutschen Metallarbeiter-Verband sein; vielmehr soll einzig und allein damit das unläuterer Mitgliederfangen mit angeblich höheren Leistungen gekennzeichnet werden.

Die Agitatoren des „freien“ (sozialdem.) Verbandes haben übrigens alle Ursache, in dieser Beziehung gegen den christlichen Metallarbeiter-Verband keine Wortworte zu erheben. Kommt man im „freien“ Verband

Die Gewerbesteuerunterbrechung eingeführt, da müsste er schon für die Dauer eines Vierteljahres einen Extrabeitrag von 25 Pfg. wöchentlich erheben. Und schon im vorigen Jahre wurde der Beitrag von der Generalversammlung in München um 10 Pfg. pro Woche für den ganzen Verband erhöht. Wir haben die Erhebung von Extrabeiträgen bisher noch nicht notwendig gehabt. Bezüglich der Leistungen aber kann sich unser Verband jedem andern an die Seite stellen.

Wenn aber die Agitatoren des Hirsch-D. Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit ihren „niebern“ Beiträgen krebsen gehen, so ist das auch nur eine optische Täuschung, eine Spekulation auf diejenigen, die nicht alle werden. Wir haben früher schon darauf verwiesen, daß die Mitglieder des H.-D. Verbandes tatsächlich bisher schon höhere Beiträge zahlten, wie wir, wenn man dort die verschiedenen Klassen (Kranken-, Sterbekasse usw.) zusammennimmt. Der „Regulator“ Nr. 18 hat dieses auch selbst recht offenherzig bestätigt, indem er schreibt: „Unsere Mitglieder sind opferwillig, sie zahlen zum Teil heute schon über eine Mark mit Kranken- und Begräbniskasse. Ob der „Regulator“ Grund hat, auf die Opferwilligkeit seiner Anhänger besonders stolz zu sein, lassen wir dahingestellt, wer die letzten Nummern des „Regulator“ durchsieht, wird dieses Lob mehr wie sonderbar finden. Wertvoll ist aber das Eingeständnis, daß die H.-D. Mitglieder auch bisher schon mehr zahlten, wie unsere Kollegen. — Das Geschick der Gegner mit angeblichen „höheren“ Leistungen und „niedrigeren“ Beiträgen ist mithin nur auf den Gimpelgang berechnet und kann einer näheren Prüfung gar nicht Stand halten.

Was aber andere Arbeiter leisten, das leistet unser christlicher Metallarbeiterverband ganz sicher, ja noch mehr, weil unsere Leitung eine vernünftige, sparsame Wirtschaftsweise stets als die wichtigste und vornehmste Aufgabe betrachtet. Deshalb werden aber unsere Mitglieder desto freundlicher die notwendigen Opfer bringen und sich in dieser vornehmsten Gewerkschaftstugend von keiner anderen Achtung übertrieben lassen. Das werden die nächsten Monate und die bevorstehende Münchener Generalversammlung wieder deutlich beweisen. — Die wichtige Frage des Arbeitsnachweises

wird die Generalversammlung ebenfalls beschäftigen müssen. Bisher konnte diesem für das Gewerkschaftsleben so ungeheuer wichtigen Zweig wirtschaftlicher Tätigkeit nicht diejenige Aufmerksamkeit geschenkt werden, wie es notwendig und angemessen war. Mit der Zunahme der Beamten im Verband ist in den letzten Jahren ja schon vieles gesehen, manches verbessert und reformiert worden, aber in allgemeinen sind wir hier noch weit zurück. Es fehlt insbesondere an dem notwendigen Zueinandergreifen und Zusammenarbeiten der eingerichteten Arbeitsnachweismstellen. Hier muß Zusammenhang und System hineingebracht werden. Gewiß soll damit nicht gesagt sein, daß alles nach einer Schablone einzurichten wäre, das ist nicht möglich; die Arbeitsnachweise müssen sich den jeweiligen örtlichen und beruflichen Verhältnissen anpassen.

Natürlich wird sich der Verbandtag auch mit den Fragen, bezüglich Agitation, Verwaltungsaufgaben, Streiks und Lohnbewegungen zu beschäftigen haben. Arbeit für die vorgesehene drei Verhandlungstage in Hülle und Fülle. Seit können die Mitglieder schon in den Versammlungen Stellung nehmen, berechnete Wünsche in Anträgen nieder-

legen; aber nur dann, wenn sie auch praktisch durchführbar sind.

Mögen vorstehende Ausführungen eine sachliche und ersprießliche öffentliche Diskussion zum Verbandstag im Gefolge haben. Wenn alle treibenden Kräfte innerhalb des Verbandes sich stets von dem einen höchsten Ziel, dem Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder zu dienen, leiten lassen, dann wird auch die kommende Generalversammlung wieder segensreiche Arbeit leisten und ein Meilenstein in der Weiterentwicklung unseres Verbandes werden

Jahresbericht des Agitationsbezirks Ehen.

Das verstlossene Jahr hat unserem Bezirk nicht den Fortschritt gebracht, den wir wohl erhofft und gewünscht hätten. Während im Großen und Ganzen die schlechte Konjunktur erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres einsetzte, war speziell in Ehen bei der Gießstahlfabrik der Firma Friedr. Krupp A.-G. der Beschäftigungsgrad schon in der ersten Hälfte des Jahres ein sehr niedriger und setzte in der zweiten Hälfte mit einer Schärfe ein, wie sie seit den siebziger Jahren nicht mehr beobachtet worden war. Für diejenigen Betriebe, in denen Selbstgeschütze und -Laffetten hergestellt werden, wurde durchweg die ständige Arbeitszeit eingeführt. Von dieser Maßregel waren am Schlusse des Jahres etwa 5 bis 6 Tausend Arbeiter betroffen, und hatte sie für die gelehrten Arbeiter teilweise einen Lohnausfall von 50% im Gefolge.

Trotz dieser Pläne, die, wie bereits gesagt, schon im ersten Halbjahr 1907 einsetzte, hatte die Firma Krupp im Geschäftsjahr 1906/07 (1. Juli bis 30. Juni) noch einen Ueberschuß von 31302342 M. nach Abzug von 16601221 M. Abschreibungen zu verzeichnen. Daß wir es überhaupt in unserem Bezirk durchweg mit sehr kapitalkräftigen und gut prosperierenden Unternehmungen zu tun haben, mögen folgende Zahlen beweisen. Es zahlten am Dividende für das Rechnungsjahr 1906/07: Bochumer Verein 16 zwei Drittel %, Barocker Maschinenbau A.-G. Vorkursaktien 12%, Stammaktien 6%, Maschinenfabrik Deutschland, Dortmund 18%, Wittenener Stahlröhrenwerke 25%, Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Dortmund 18%, Westdeutsches Eisenwerk, Krupp 20%, Westfälische Drahtwerke Werke bei Langendreer 28%, Maschinen-Fabrik „Baum“, Ferne 10%, Gießstahlwerk Witten 20%, Wuppertaler Hütte, Brüggemann, Wehlend u. Co. 10%, „Phönix“ A.-G. 17% usw. Sedenfalls beweisen diese Zahlen, daß der Dividendenjäger der letzten Hochkonjunktur für die Unternehmer wieder ein sehr reichlicher gewesen ist.

Leider kann man nicht sagen, daß auch die Arbeiter an diesen günstigen Wirkungen der guten Geschäftslage einigermaßen beteiligt sind. Wie wir schon im vorjährigen Jahresbericht hervorgehoben, sind die Organisationsverhältnisse im Ruhrkohlenbezirk, speziell in der Metallindustrie, leider noch bezarrt ungenügend, daß von einer wirkungsvollen Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Rheinwerke durch die gewerkschaftlichen Organisationen in mancher Beziehung vorab nicht die Rede sein kann. Der ungeheure Druck der Riesenunternehmungen

gen und die dadurch hervorgerufene Furcht der Arbeiter vor den kapitalgewaltigen erschwert die Werbetätigkeit der Gewerkschaften ganz gewaltig. Wenn auch zugegeben werden kann, daß die Durchschnittslöhne, z. B. der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, gegenüber anderen Bezirken verhältnismäßig besser sind, so ist demgegenüber die Rechtlosigkeit der Arbeiterchaft um so viel größer. Und gerade in dieser Richtung — die Beseitigung der Rechtlosigkeit — bewegt sich ja seit Jahren der Kampf der gewerkschaftlichen Organisation der Metallarbeiter im Ruhrbezirk.

Als typisches Beispiel dafür darf ja, wohl auch als das hervorragendste Merkmal des vergangenen Jahres, der Kampf um eine anderweitige Regelung der Werkspensionsklassen angesehen werden. Trotzdem, wie oben schon angeführt, die Löhne nicht die schlechtesten sind, ist die Fluktuation speziell in der Metallindustrie eine derart hohe, wie sie wohl kaum in einer anderen Industrie zu finden sein dürfte. Sie ist auch jetzt noch, nach den eigenen Berichten der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft in fortwährendem Steigen begriffen.

Neben anderen Mitteln zur Beschränkung der Freizügigkeit: Uebermittlungsscheine, Sperren, schwarze Listen usw., sind gerade die Werkspensionsklassen in der Großindustrie das beliebteste Mittel, um die Arbeiter an das Werk zu fetten. Dadurch, daß der Arbeiter durchweg sehr hohe Beiträge in derartigen Klassen zahlen muß, die ihm beim Wechsel der Arbeitsstelle ohne weiteres verlustig gehen, wird er von der Vertretung seiner Interessen abgehalten und läßt sich zweifellos auch in seinem Arbeitsverhältnis viel mehr gefallen, als wie Arbeiter, die von den „Segnungen“ derartiger Klassen nicht beglückt werden.

Bisher war es den Arbeitern diesem Verfahren gegenüber vollständig unmöglich gewesen, irgend etwas auszurichten. Erst das Urteil der Spruchkammer Friederichsheim des Reichsgerichtes in der Sache des Hüttenbezirks brachte hierin eine Veränderung und hatte zur Folge, daß sich eine Reihe Gewerbevereine des Ruhrkohlenbezirks und darüber hinaus mit derartigen Fragen zu beschäftigen hatten, deren Urteile sich allerdings nicht alle mit dem des Gewerbevereins in Friederichsheim deckten, zum Teil auch durch die nachfolgenden Landgerichte in unrichtiger Weise der Arbeiterchaft ausliefen. Wenn auch auf Grund der bestehenden Gesetze auf diesem Wege den Werkspensionsklassen nicht beizukommen war, so dürfte doch zweifellos durch die stattgefundene Bewegung einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Pensionsklassen weisens ganz erheblich vorgearbeitet worden sein, wie die neuerlichen Debatten im Reichstag bewiesen haben. Ein großes Verdienst in dieser Frage hat sich der christliche Metallarbeiter-Verband dadurch erworben, daß er zu der Verhandlung am Essener Landgericht ein Gutachten von einer der bekanntesten Autoritäten auf diesem Gebiet, des Herrn Professors Lohnmar-Bern beschafft hat, worin das System dieser „Wohlfahrts“-klassen als im höchsten Grade ungerecht und gegen die guten Sitten verstoßend gekennzeichnet ist. (Vergl. Nr. 8 „Der Deutsche Metallarbeiter“).

Der ersten und Hauptaufgabe einer jeden gewerkschaftlichen Organisation: der Vertiefung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ist auch im Jahre 1907 in unserem Bezirk wieder die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Leider ist es heute noch nicht möglich, alle die zum Teil recht erheblichen Verbesserungen

Stwas vom Aluminium.

Das interessanteste Metall, welches in der Industrie Verwendung findet, ist ohne Zweifel das Aluminium. Interessant einerseits wegen seiner von anderen Metallen vielfach abweichenden Eigenschaften, andererseits im Hinblick auf den kolossalen Preisrückgang desselben in den letzten Jahrzehnten. Während Aluminium im Jahre 1855 per Kilo noch 1000 Mark kostete, sank der Preis derselben im Jahre 1870 auf 110 Mark, im Jahre 1885 auf 30 Mark, im Jahre 1888 auf 20 Mark und heute kostet derselbe etwa 3,90 Mark per Kilo. Das Metall kostete im Jahre 1855 also etwa 1/3 so viel wie Feinsilber und drei mal so viel wie Feinsilber, während es heute im Preise gleichsteht mit dem Zinn und ähnlichen Metalle.

Die Ursache des früheren hohen Preises lag darin, daß man keine brauchbare Methode zur fabrikmäßigen Gewinnung des Aluminiums finden konnte. Dieses Metall kommt nämlich nie gediegen, also rein vor, sondern immer in Verbindung mit anderen Metallen oder Erden, am meisten in der Tonerde. Man hatte längst theoretische Formeln zur Gewinnung des Aluminiums ausgearbeitet, aber es zeigte sich hier auch wie sonst oft, daß Theorie und Praxis zwei ganz verschiedene Dinge sind; es wollte nicht gelücken, die theoretischen Formeln in die Praxis umzusetzen. Seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts bemühten sich viele Gelehrte und Chemiker Aluminium darzustellen, aber erst im Jahre 1827 gelang es dem Chemiker Wöhler das Problem theoretisch zu lösen.

Seit dem wurde emsig weiter an der Sache gearbeitet, es wurden manche Patente für die Darstellung des Aluminiums erteilt, aber allen haftete der Fehler an, daß es nicht möglich war, das Aluminium aus elektrisch zum Schmelzen gebrachter Tonerde darzustellen. Erst im Jahre 1887 wurde dieses Problem gelöst. In diesem Jahre wurde der schweizerische metallurgische Gesellschaft das sogenannte Héroultsche Patent in Deutschland erteilt. Nach diesem Patente ist es möglich, Metall im Gehalte von 99,90 % reinem Aluminium aus Tonerde herzustellen. Wir wollen hier nicht auf die Darstellung desselben eingehen, sondern nur kurz bemerken, daß dasselbe aus elektrisch zum Schmelzen gebrachter Tonerde hergestellt wird. Auf den Werken der „Neuhäuser Aktiengesellschaft“ in Neuhäuser (Schweiz) wurden vor einigen Jahren täglich 2000 Kilo Aluminium gewonnen bei einer Kraftanlage von 4000 Pferdestärken. Heute wird das Werk jedenfalls bedeutend leistungsfähiger sein. Nach dem gleichen oder ähnlichen Verfahren arbeiten zwei andere Werke, nämlich die Societe électrometallurgique Française in Froges (Frankreich) und die Pittsburg Reduction Company, Pittsburg (Pensylvanien).

Die erwähnten drei Werke sind bis jetzt die bedeutendsten zur Herstellung des Aluminiums; es sind zur Zeit jedoch noch einige andere Werke zur Gewinnung des Aluminiums im Bau begriffen, sodas zu erwarten steht, daß der Preis desselben in absehbarer Zeit noch bedeutend heruntergehen wird.

Das Aluminium hat eine silberweiße Farbe und lobeswänsche. Die Bruchfläche zeigt kristallinische

Struktur; es ist widerstandsfähig gegen die meisten Säuren und Alkalien und Säuren, worauf wir noch zurückkommen werden; aber seine Haupteigenschaft, welche dem Metalle eine so gewaltige Verwendung gegeben hat, ist sein geringes, spezifisches Gewicht, das heißt, das Gewicht, welches dasselbe im Vergleich zu einem gleich großen Volum Wasser hat. Es ist nur 2 1/2 mal so schwer wie Wasser, während Eisen z. B. 7 1/2 mal, Messing 8 1/2 mal so schwer wie Wasser ist.

Das Aluminium läßt sich hämmern, walzen, schmieden und gießen, drehen und brüden, pressen, löten und polieren. Mit dem färben desselben (verputzieren, vermalen, vernickeln etc.) hat man dagegen noch keine absolut einwandfreien Resultate erzielt. Wir wollen hier die einzelnen Arbeitsmethoden nicht eingehend beschreiben, sondern nur einiges dazu erwähnen. Beim Schmelzen muß man sehr Obacht geben, daß man das Metall nicht überhitzt; man darf dasselbe deshalb nur über einem mäßigen Feuer schmelzen und muß es sofort, wenn es flüssig wird ausgießen. Die Gießform soll nur sehr leicht, ja nicht ganz trocken gemacht werden. Zum Löten des Aluminiums gibt es eine ganze Anzahl Vorschriften, in neuerer Zeit wird auch das Schweißen desselben empfohlen. Wir raten aber überall da, wo es irgend angeht, vom Löten, resp. Schweißen abzusehen, sondern seine Sachen lieber zu nieten; denn beim Löten und auch beim Schweißen ist man nie ganz sicher, daß man eine absolut dauerhafte Verbindung zwischen den zwei Metallteilen bekommt, während dies beim Nieten mit absoluter Sicherheit der Fall ist.

der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die von den organisierten Kollegen durch ihr Vorgehen und ihre Tätigkeit ohne direkte Finanzpräsumption der Organisationsleitung errungen werden, auch nur irgendwie zahlenmäßig anzugeben, dies ist ein schier unergründliches Gebiet. Vieles, was sich im Augenblick als Errungenschaft von wenig Belang zeigt, sogenannte Kleinigkeiten, die nachher, wenn sie errungen sind, so nebenhin als etwas Selbstverständliches angesehen werden würden, wenn sie organisch aneinandergereiht werden könnten, schon allein ein Bild von den Erfolgen der gewerkschaftlichen Tätigkeit geben, das sich der Arbeitsstehende gar nicht hätte träumen lassen, und das auch von einem großen Teile der organisierten Kollegen leider noch nicht voll gewürdigt wird.

Aber auch das, was zahlenmäßig festzustellen ist, gibt einen genügenden Einblick in die ununterbrochene Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung. In unserem Bezirk waren im Jahre 1907 zu verzeichnen: 5 Aufrüststreiks, 1 Abwehrstreik und 21 Lohnbewegungen, an denen im Ganzen 652 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt waren; 11 wurden von unserem Verbandsrat allein und 16 mit anderen Organisationen gemeinsam geführt. Die Forderungen der Arbeiter und Ursachen der Streiks betrafen in 6 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit, 17 mal Lohnerhöhung, in 3 Fällen beides zusammen, in vier Fällen Maßregelung, und in 16 Fällen andere Ursachen. 14 Bewegungen endeten mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter, 11 waren teilweise erfolgreich und nur 2 hatten ein negatives Ergebnis für die beteiligten Arbeiter. Diese Zahlen dürften zur Evidenz ergeben, daß es der christliche Metallarbeiterverband, wie überall, so auch in unserem Bezirk mit der Verbesserung der Lage seiner Mitglieder ernst nimmt.

Wir haben dafür auch die Genehmigung, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft im Ruhrbezirk zu unserem Verbandsrat in steigendem Maße begriffen ist, was folgende Zahlen bezeugen mögen. Es hatten Mitglieder in unserem Bezirk der:

Table with 4 columns: Year (1.1.05, 1.1.06, 1.1.07, 1.1.08) and two rows of membership counts (Christl. Met.-Arb.-Verb., Deutsche Met.-Arb.-Verb.).

Wie diese Zusammenstellung zeigt, haben wir im letzten Jahre auch keine Fortschritte zu verzeichnen gehabt, immerhin war es uns möglich, unsere alte Stärke zu behaupten, während der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband um mehr wie 1000 Mitglieder zurückgegangen ist. Die Zahl der Organisierten ist, wie oben bereits angeführt, im Verhältnis zu den Hunderttausend Metallarbeitern, die hier vorhanden sind, noch recht gering und steht unserem Verbandsrat noch ein ungeheurer großer Arbeitsfeld offen. Hoffentlich wird es uns möglich sein, von den bisher noch abseits Stehenden eine möglichst große Anzahl unserem Verbandsrat zuzuführen.

Die Affärenverhältnisse und Beitragseinnahmen im Bezirk waren folgende: Verkauft wurden an Eintrittsmarken a 30 Pfg. 2172 und a 30 Pfg. 74 Stück, ein Beweis für die ungeheure Fluktuation mit der wir im hiesigen Bezirk noch zu rechnen haben. Trotz der rund 2250 Neuaufnahmen ist die Mitgliederzahl stehen geblieben, und muß diese Tatsache den Ortsgruppen und eine dringende Mahnung sein, in Zukunft noch mehr wie bisher, darauf zu achten, daß die Gewonnenen auch dem Verband erhalten bleiben.

An Beitragsmarken wurden verkauft 174 315 a 55

resp. 60 Pfg. und 2206 jugendliche, jedoch im Durchschnitt jedes Mitglieds 43,6 Marken im Jahre gelehrt hat. Dieses Verhältnis kann uns absolut nicht befriedigen, vielmehr muß überall energisch darauf gedrungen werden, daß die Beitragszahlung eine bessere wird. An Delegiertenmarken wurden 12979 Stück verkauft. Die Gesamteinnahmen für die Verbandskasse belief sich auf 90 668,45 Mark, wovon 63 341,59 Mark an die Zentrale abgehandelt wurden, 13 166,17 Mark an 15 Prozent in den Ortsgruppen verbleibend und 14 160,69 Mark als Unterstützung an die Mitglieder gezahlt wurde. Der Bestand in den Lokalkassen betrug beim Jahresabschluss 6365,31 Mark. An Extrabeiträgen für die Lokalkasse gingen im Berichtsjahre ein 924,70 Mark, jedoch die Gesamteinnahme nahezu hunderttausend Mark erreicht.

Im Berichtsjahre wurden 602 Mitglieder, 83 öffentliche und 37 Werkstattversammlungen abgehalten, außerdem fanden 202 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Dies ist wohl ein Beweis dafür, daß unsere Ortsgruppen es an der nötigen Aufmerksamkeit nicht haben fehlen lassen, wenn gleich der Effekt kaum zu den aufgewandeten Mühen in einem richtigen Verhältnis stehen dürfte. Dies liegt aber ganz zweifellos an den schon eingangs meines Berichtes geschilderten eigenartigen Verhältnissen unseres Bezirks und ist ganz gewiß die opferwillige und zielbewusste Tätigkeit unserer Ortsgruppen- und Sektionsleiter, der großen Schar Vertrauensmänner und vieler anderer — leider nicht aller — Kollegen die rückhaltloseste Anerkennung auszusprechen. Vom Bezirksleiter wurden abgehalten 43 öffentliche, 69 Mitglieder- und 63 Werkstattversammlungen; sodann nahm er an 95 Sitzungen und Konferenzen teil und war außerdem an 41 Tagen durch Besprechungen, Schlichtung von Differenzen, Revisionen usw. in Anspruch genommen. Im Eingänge waren zu verzeichnen 270 Postkarten, 392 Briefe, 176 Drucksachen und 5 Telegramme. An Ausgängen 124 Postkarten, 152 Briefe, 491 Drucksachen 5 Telegramme und 17 Pakete.

Nachdem gegen Ende des Jahres 1906 für den Bezirk Gelsenkirchen ein Lokalbeamter angestellt werden konnte, ist uns dies im Laufe des Jahres auch für den Bezirk Dortmund möglich gewesen und hat sich die Anstellung in beiden Bezirken als eine sehr förderliche bewährt. Im Laufe des Jahres übernahm der bisherige Lokalbeamte der Ortsverwaltung Essen, Kollege Rafflenbeul, die Redaktion des evangelischen Wochenblattes „Die Arbeit“, und wurde an seiner Stelle der Kollege Leupke aus Hildesheim zum Lokalbeamten von Essen gewählt. Trotsdem der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in unserem Bezirk nur etwa 1000 Mitglieder mehr hat, wie unser Verband, kann er unseren 5 Beamten mindestens 8 bis 9 Beamte mit ebensovielen oder noch mehr bezahlten Einklassierern entgegenstellen. Diese Tatsache sollte uns allen zu denken geben und uns veranlassen, mit doppelter Kraft die weitere Entfaltung unseres Verbandes zu betreiben.

Die Einnahmen der Bezirkskasse betragen im Berichtsjahre 1 047,06 Mark, wovon 7590,43 Mark von den Ortsgruppen eingekassiert wurden. Die Gesamtausgaben betragen 8798,87 Mark, jedoch im Jahresschluß noch ein Bestand von 1248,19 Mark vorhanden war gegen 1056,63 Mark zu Beginn des Jahres, jedoch also auch hier eine kleine Besserung zu verzeichnen ist.

Es ist schon oben gesagt worden, daß sich das Aluminium ganz wie alle andern Metalle verarbeiten läßt. Um nach dem Bearbeiten die schöne silberweiße Farbe zu bekommen, taucht man das Metall so lange in Natronlauge, bis überall reichlich Gasbläschen entstehen, wäscht sodann mit Wasser ab und legt die Gegenstände hierauf längere Zeit in starke Salpetersäure, nunmehr noch einmal in Wasser abgepült und in Sägemehl aufgetrocknet. Man kann die nunmehr schön mattsilberfarbenen Gegenstände zur Erzielung eines schönen Glanzes wie andere Metalle an der Maschine polieren; einen höheren Glanz bekommt man jedoch durch Bearbeitung derselben mit dem Stanzpolierstahl. Runde Gegenstände poliert man mit Rotteit auf der Drehbank ebenfalls mit dem Polierstahl unter Verwendung von Spiritus.

Sehr wichtig sind die verschiedenen Aluminiumlegierungen, unter denen die Aluminiumbronze die erste Stelle einnimmt. Je nachdem man von einem anderen Metalle dem Aluminium eine größere oder geringere Menge zusetzt, ist das Verhalten der betreffenden Legierung ganz verschieden. So z. B. ist eine Legierung von 99 T Aluminium und 1 T Kupfer hart und brüchig, während eine solche von 95 T Aluminium und 5 T Kupfer gut hämmerbar und eine solche von 90 T Aluminium und 10 T Kupfer wieder so hart ist, daß man sie kaum noch verarbeiten kann. Die beste Legierung für Aluminiumbronze ist 92 1/2 T Aluminium und 7 1/2 T Kupfer. Diese Legierung ist zwar sehr hart, läßt sich aber noch hämmern, walzen, pressen usw. Die Festigkeit von Aluminiumbronze in Drahtform ist un-

gleich jener von gutem Stahl Draht, diejenige von Aluminiumbronze in Stücken gleich jener von stahlartigem Eisen.

Enthält Aluminium nur ganz geringe Mengen von Niesel, dann nimmt dasselbe ein kristallinisches Gefüge an, was deutlich auf der Oberfläche desselben sichtbar ist, indem sich hier nekartige Gebilde zeigen. Aluminium, welches nur 1/10 % Wismut enthält, wird so spröde, daß es sich absolut nicht mehr bearbeiten läßt und es verbröckelt sofort beim Bearbeiten nach vorherigem Glühen.

Sehr schöne Tafelgeräte usw. werden aus einer Legierung von 2 T Aluminium und 1 T Silber hergestellt. Die daraus angefertigten Gegenstände sehen solchen aus Silber fast gar nicht nach. Sie haben eine große Härte und Festigkeit, verbunden mit einem schönen Aussehen und sind natürlich bedeuend billiger, wie solche aus reinem Silber. Eine Legierung aus 90 T Aluminium und 10 T Gold kommt jener der betreffenden Silbergoldlegierung fast gleich, hat eine schöne goldgelbe Farbe und läßt sich verarbeiten wie man will. Das Aluminium ist unempfindlich gegen Wasser und die meisten Säuren. Salpetersäure löst dasselbe fast gar nicht, Schwefelsäure nur sehr träge, dagegen ist das Metall in Salzsäure und Natronlauge sehr gut zu lösen. Aus diesem Grunde, das heißt, weil es nur von wenig Flüssigkeiten angegriffen wird, hat es auch eine sehr ausgedehnte Verbreitung gefunden zur Herstellung von Haushaltungs- und Küchengeräten aller Art. Es werden Kochgeschirre, Kannen und Gefäße für Getränke usw. daraus angefertigt.

Wenn also auch der Metallist auf das Jahr 1907 uns nicht gerade besonders freudig stimmen kann, so ist doch zweifellos zu sagen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der Erfolg nicht viel besser ausfallen konnte. Jedenfalls ist es für uns kein Grund, besonders pessimistisch in die Zukunft zu sehen, sondern im Gegenteil wollen wir uns dadurch bestimmen lassen, in Zukunft noch mehr wie bisher alle Kräfte anzuspannen, um unserem Verbandsrat in dem so heiß umkämpften Ruhrbezirk diejenige Stellung zu erkämpfen, die er im Interesse der christlichen Metallarbeiter unbedingt haben muß, um seiner großen und hehren Aufgabe gerecht werden zu können. Darum aus Wert, Kollegen, frisch aewagt, ist halb gewonnen! Durch Kampf zum Sieg!

Heinrich Hirtlieferer.

Zur Einkommensteueranlagung in Preußen.

In der gegenwärtigen Zeit, wo überall die Zustellung der Steueranlagung für das Jahr 1908/09 erfolgt, dürfte es angebracht sein, die wichtigsten Bestimmungen der Einkommensteuergesetzgebung vom 19. Juni 1906 zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Es wird dadurch jedem ermöglicht, eine Nachprüfung seiner Steueranlagung vorzunehmen.

Zulässige Abzüge.

In erster Linie kommen die sogen. „Werbungslosten“ in Abzug.

Es sind dies insbesondere:

a) beim Arbeitsverhältnisse die besonderen Aufwendungen, welche der außerhalb seines Wohnortes beschäftigte Steuerpflichtige für die Reise zur Arbeitsstelle sowie für besondere Wohnung und Beköstigung am Beschäftigungsorte machen muß; auch die Mehrauswendungen für besondere Arbeitskleider können nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vom 28. Juni und 6. Juli 1900 als Werbungskosten in Abzug kommen;

b) für Hausbesitzer die Reparaturen, der Verschleiß und die Feuerversicherung der Gebäude, die Kosten der Wasserleitung, des Gasanschlusses usw., insofern sie für die Miete aufgewandt werden, sowie die Grund- und Gebäudesteuer bis zur Höhe des staatlich veranlagten Betrages. An Gebäudekosten kann regelmäßig auch insoweit ein Pauschalbetrag von 20 Prozent des Mietbetrages in Abzug gebracht werden; Einzelnachweisungen sind dann nicht erforderlich.

Außer den „Werbungskosten“ dürfen von dem Einkommen noch gekürzt werden:

- 1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen;
2. Renten und bauernde Lasten, die auf Privatverhältnissen oder auf Kirchenpatronatsverpflichtungen beruhen;
3. die von dem Steuerpflichtigen gesetz- oder vertragmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen;
4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen;
5. die auf Grund rechtlicher Verpflichtung von einem Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitze haftenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beträge, insofern dieselben 1 Prozent des Kapitals und den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen.

Weiterhin bestimmt § 19 des Eink.-St.-Ges.

1. Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen (Etern oder Großeltern) auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (§ 1601 bis 1615

Weegen seines geringen Eigengewichtes hat es auch eine große Verwendung gefunden für Gegenstände der Truppenausrüstung und für Seefahrzeuge, bei denen es auf ein möglichst leichtes Gewicht ankommt. Es werden z. B. beim Bau von Torpedobooten und kleineren schnellfahrenden Dampfbaracken viele Teile aus Aluminiumbronze hergestellt als da sind: Fenster- rahmen, Gehäuse für Pumpen, Ventil-Gehäuse, Fundamentrahmen u. a. m. Die Hoffnung, welche man auf das Aluminium gesetzt hatte für den Bau von Luftschiffen haben sich allerdings noch nicht ganz verwirklicht, da das Aluminium-Metall für diese Zwecke zu wenig Stabilität zeigt. Es ist jedoch zu erwarten, daß das Aluminium bei veränderten Konstruktionen auch für den Bau derartiger Fahrzeuge in Zukunft noch mehr Verwendung finden wird. Beim Bau der Graf Zeppelin'schen Luftschiffe auf dem Bodensee wird überall das Aluminium angewendet wo es nur irgendwie zugänglich ist.

Nach zur Herstellung von wissenschaftlichen, chirurgischen und anderen Instrumenten, sowie zur Erzeugung von kunstgewerblichen Gegenständen aller Art wird das Aluminium bevorzugt. Es steht zu erwarten, daß nach Ablauf des hiesigen Jahres die Aluminium-Produktion und dementsprechend der Verbrauch desselben noch viel größer werden wird wie jetzt, weil das Metall dann naturgemäß auch noch beträchtlich im Preise fallen wird. Die Industrie dürfte dann noch mehr wie jetzt im Reizen des Aluminium stehen.

ch. r.

Gewerkschaftliches.

Was heißt christliche Arbeiterbewegung?

Auf dem 13. Kirchlich-Sozialen evangelischen Kongress, der in Bleisfeld in der letzten Aprilwoche getagt hat, hielt Herr Professor Dr. Dütger-Halle a. d. S. über vorstehende Frage ein Referat und führte nach einem Verzicht das "Reich" folgendes aus:

„Für viele Politiker und Christen ist der Begriff „christliche Arbeiterbewegung“ ein Widerspruch in sich. Christentum und Arbeiterbewegung verhalten sich für sie neutral zueinander. Diese Auffassung des Christentums ist individualistisch. Christentum ist auch immer etwas Soziales. Eine christliche Arbeiterbewegung ist schon darum nötig, weil wir in der Sozialdemokratie eine antichristliche und antikirchliche Bewegung vor uns haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist marxistisch und darum materialistisch, und von dieser materialistischen Weltanschauung gilt es die Arbeiter zu befreien. Das ist nur möglich durch eine christliche Arbeiterbewegung. Das Christentum soll aber nicht nur als Hemmschuh der Arbeiterbewegung wirken, durch welches sie gemähigt und gedämpft wird. Eine christliche Arbeiterbewegung ist nicht nur als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie notwendig, sondern sie hat ihr eigenes positives Ziel. Die christliche Arbeiterbewegung kann nicht nach einer Zerstörung des Klassenstaates streben; das Ideal der Gleichheit ist kein christliches.“

Aber auch durch Wohltätigkeit und durch ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft kann die Tendenz der Arbeiterschaft zu revolutionären Bewegungen nicht überwunden werden. Wir erkennen vielmehr an, daß die Gliederung des Volkes in verschiedene Stände eine Notwendigkeit ist, und daß Ziel der Arbeiterbewegung ist die Eingliederung der Arbeiterschaft als eines selbständigen, mitwirkenden Gliedes in das Ganze der Gesellschaft. In ihr hängt das Wohlergehen des einen Gliedes vom Wohlergehen aller anderen ab, während schließlich keines gedeiht, wenn es auf Kosten aller anderen lebt.

Der Arbeiterschaft muß daher auch einem kapitalkräftigen Unternehmerstand gelegen sein. Hiermit wird auch dem Streben nach Wohlstand sein Ziel gesteckt. Danach ist auch die Frage nach dem Recht des wirtschaftlichen Kampfes zu beantworten. Er kann auch für die christliche Arbeiterbewegung ebenso unvernünftig sein wie der Kampf überhaupt; aber er wird in der Erkenntnis geführt, daß, wenn ein Glied leidet, sie alle leiden. Jeder revolutionäre Nachdruck ist uns damit verwehrt, denn aus einem Rechtsbruch kann niemals Recht entstehen. Aber auch der Stillstand ist unmöglich, weil dadurch das Recht schließlich zu Unrecht wird. Nicht ein Zerstören, aber auch nicht ein Festhalten, sondern ein Fortentwickeln der sozialen Verhältnisse ist unsere Aufgabe.

Eine christliche Arbeiterbewegung ist auch national, weil sie die Nation ebenso wie die Stände als von Gott gegebene Realitäten anerkennt. Endlich sieht sie als höchste Aufgabe der Politik nicht nur die Volkserziehung, sondern die Volkserziehung an. Diese Aufgabe darf nicht etwa darum ungelöst liegen bleiben, weil wir sie nicht mehr in der alten Form der Fünfte lösen können. Die Aufgabe der Volkserziehung ist weder durch die Familie noch durch die Schule vollständig zu lösen, noch weniger wird sie durch die Polizei gelöst, denn diese kann erst eintreten, wenn es sich um Abwehr handelt. Auch kann die Arbeiterschaft nicht von außen her durch die Unternehmer erzogen werden, der erwachsene Mensch wird nur in Gemeinschaften, in denen er mit seinesgleichen zusammensteht, erzogen. Auch die Arbeiter können zu mitarbeitenden Gliedern der Gesellschaft nur erzogen werden durch eine christliche Arbeiterorganisation. Davon, daß eine solche sich bildet, hängt die äußere und innere Ueberwindung der Sozialdemokratie ab. Er sprach entschieden dagegen, daß man das Christentum als Privatsache betrachte. Der Vortrag löste wiederholt starke Beifallsstürme aus.

Es ist erfreulich, daß sich die sozialen Triebkräfte im evangelischen Lager so intensiv bemerkbar machen und immer mehr öffentlich hervortreten. Hoffen wir für die Weiterentwicklung unserer christlichen Arbeiterbewegung das Beste davon.

Genossenschaftsbau christlicher Arbeiterorganisationen der Schweiz.

In dem Bericht des Delegiertentages des christlichen Metallarbeiterverbandes der Schweiz ist auch kurz der Genossenschaftsbau der schweizerischen christl. Arbeiterorganisationen Erwähnung getan. Diese Einrichtung steht wohl bis heute unter den europäischen Arbeiterorganisationen einzig da. Bisher ist u. B. noch kein weiterer Versuch dieser Art von irgend einer Seite gemacht worden. Die Bank wurde am 1. Juli 1905 zu St. Gallen eröffnet und hat dieselbe unter sachkundiger Leitung einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1907 weist einen unerwarteten Fortschritt in allen Zweigen der Bautätigkeit auf. Ganz ungewöhnliche Zahlen begegnen uns in allen Rubriken. Man spricht von Hunderttausenden und Millionen.

Die Bank hat den besonderen Zweck, die Spargelder der Mitglieder der Organisationen aufzunehmen und zinstragend anzulegen, sodas der Gewinn immer wieder der Organisation zufließt durch den Zentralverband christlicher Arbeiterorganisationen. So konnten dieses Jahr 1600 M. an den Zentralverband abgegeben werden, eine Summe, welche verloren gegangen wäre für die Arbeiter, wenn nicht die Bank dagewesen. Im weiteren ist die Bank im Falle, 6400 M. in den Reservefonds zu legen, so daß derselbe nun 16 400 M. beträgt. Will man fragen, ob die Bank auch Garantie bietet für Sicherheit, da kann mit ruhigem Gewissen gesagt werden: „Ja!“ Das Garantiekapital beträgt 400 000 M., welche Summe größtenteils in der Bank hinterlegt ist. Es ist gar manches schon geschehen worden durch die Bank, was ohne dieselbe hätte unterlassen werden müssen.

Die Zentralisation der Selben

macht den selben Generalen und Korporalen doch noch

M. G. W.) Unterhalt, so wird ihm von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes derartige Familienmitglied der Betrag von 50 M. in Abzug gebracht mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfindet, um eine Steuerstufe bei dem Vorhandensein von 3 oder 4, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von 5 oder mehr derartigen Familiengliedern;

2. bei Einkommen von mehr als 3000 Mark, aber nicht mehr als 6500 Mark, wird der Steuerfuß ermäßigt um eine Stufe, wenn der Steuerpflichtige 3 oder 4, um zwei Stufen, wenn der Steuerpflichtige 5 oder mehr Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt gewährt.

Bei der Feststellung der für die Ermäßigung maßgebenden Personenzahl werden nicht mitgerechnet die Ehefrau des Verpflichteten und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als die Hälfte des ordentlichen Tagelohnes nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlechte haben.

Nicht abzugsfähig

sind die zur Deckung des Haushalts der Steuerpflichtigen und zum Unterhalt ihrer Angehörigen gemachten Ausgaben, insbesondere alle Aufwendungen zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, wie die für Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bekleidung, Pflege, Erziehung, einschließlich des Wertes der zu diesen Zwecken verbrauchten Erzeugnisse und Waren des eigenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes. Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltungsspflicht gegen Angehörige sind auch dann nicht abzugsfähig, wenn sie diesen durch Privatverträge zugesichert sind. Auch Krankheitskosten, Schulgelder und dergl. sind nicht abzugsfähig.

Wenn auch die Haushaltungs- und sonstigen Unkosten des Steuerpflichtigen von dem Einkommen nicht gekürzt werden können, so ist es doch nach § 20 E.-St.-G. gestattet, bei der Veranlagung besondere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse in der Art zu berücksichtigen, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 9500 Mark eine Ermäßigung der Steuerhöhe um höchstens drei Stufen gewährt wird.

Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich außer gewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtungen zum Unterhalte mittel- oder langjähriger Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle in Betracht.

Die Berücksichtigung ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse nach § 20 E.-St.-G. kann von der Veranlagungskommission nicht willkürlich verweigert werden; dieselbe ist vielmehr nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts zur Prüfung der Verhältnisse und beim Vorliegen der Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des § 20 auch zur Ermäßigung verpflichtet. Die bezügl. Ermäßigungsanträge können seitens der Steuerpflichtigen auch im Rechtsmittelverfahren geltend gemacht werden.

Als Rechtsmittel

kommen bei einem veranlagten Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark in Betracht:

- 1. Gegen die Veranlagung innerhalb 4 Wochen nach Zustellung der Benachrichtigung der Einspruch an die Veranlagungskommission.
 - 2. Gegen die schriftlich ergehende Entscheidung der Veranlagungskommission binnen 4 Wochen seit Behandlung derselben die Berufung an die Berufungskommission.
- Durch die Beschreitung des Rechtsmittelweges entstehen dem Steuerpflichtigen keinerlei Kosten.

Wohle Opfermut.

Unter diesem Stichwort wird uns von einem Kollegen geschrieben: Wie schwer die Aufgabe in unserem Verbande ist, unsere Mitglieder zu eifrigen Gewerkschaftlern zu erziehen, davon kann jeder Kollege, der Interesse für unsere Bewegung hat, sich Tag für Tag überzeugen. In den einzelnen Jahrestellenberichten liest man sehr oft die Klage: „Die Versammlung war leider schlecht besucht“. Gehen wir in eine Mitglieder-Versammlung, so trifft man meist nur bekannte Gesichter. Diese Versammlungsbesucher sind die tüchtigsten Gewerkschaftler, dieselben haben erkannt, daß nur durch regelmäßigen Versammlungsbesuch etwas gelernt.

Wer sind denn nun die Fehlenden? In dieser Ortsgruppe sind es die Älteren, in jener die jüngeren Kollegen, die Veranlagungen in anderen Vereinen (oft Klimbimbereinen) vorziehen. Wozu soll man denn auch in den Verbandsversammlungen erscheinen? Wird was Wichtiges beschlossen, bekommt man es doch zu wissen. Da steht vielleicht auf einmal Beitragssteigerung auf der Tagesordnung. Fehlt man es sich bemerkbar, daß diese Versammlung besser wie gewöhnlich, oder sogar gut besucht ist; warum? Vielleicht um für die Erhöhung der Beiträge energisch einzutreten? O, weit gefehlt; nein, man will gewöhnlich dieser Erhöhung noch etwas entgegen wirken. Wären alle Kollegen von den Idealen unserer Gewerkschaftsbewegung richtig durchdrungen, so könnten sie einer notwendigen Beitragssteigerung nicht widersprechen. Leider wissen viele Kollegen garnicht, weshalb sie eigentlich hohe Beiträge zahlen. Versammlungen werden ja nicht besucht, das Verhandlungsorgan ist in Nebenamt, eine Tageszeitung zu halten, welche das Interesse der arbeitenden Stände energisch vertritt, gibt es auch nicht. Wie soll man da denn vom Nutzen der Verbandsorganisation etwas wissen. Manche

betrachten vielmehr die Gewerkschaften als eine frickmessende Kuh; oder als einen Automat, in dem man 10 Pf. herein wirft und 10 M. und noch allerlei Süßigkeiten wieder heraus bekommt. Bei dem geringsten Applaus an die Opferfreudigkeit der Kollegen, z. B. etwas für Streikende oder ausgesperrte Kollegen auf die Sammelliste zu zeichnen, wird der Sammler abgewiesen. Das Solidaritätsgefühl läßt eben noch viel zu wünschen übrig. Wenn man bedenkt, wieviel Geld allein von unsern Verbänden für Erwerbslosen-Unterstützung ausgegeben wird, dann muß man sich sagen, so kann es nicht weitergehen. Selbstverständlich braucht die Unterstützung nicht gekürzt zu werden, das halte ich nicht für angebracht, wohl aber eine weitere Erhöhung der Beiträge. Nicht als ob Ebbe in der Kasse wäre, wir stehen uns sogar pro Kopf und Mitglied sehr günstig, aber gerade deshalb wollen wir die Kriegslasse weiter stärken.

Einen festen Kriegsschuh müssen wir haben, denn über kurz oder lang werden wir in größere Kämpfe verwickelt werden. Da wäre es mit einer Organisation schlecht bestellt, wenn die Geldmittel ausgingen. Denken wir an den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, wo hunderttausende von Metallarbeitern beschäftigt sind, wo wir den großen Teil der Mitglieder haben, ob da nicht auch mal der Herr im Hause Standpunkt der Metallgewaltigen sich Bahn bricht und den Arbeiter, ob organisiert oder nicht, aus Pilaster wirft. Gleichberechtigung mit allen anderen Ständen, so rufen die Gewerkschaftler. Um dieses zu erringen, müssen wir kämpfen, hier streift man, da sperrt man die Arbeiter aus. Beides kostet viel Geld. Was ist demgegenüber zu machen? Die Antwort lautet: Sei sparsam und sei opferfreudig!

Sparen und zugleich opferfreudig sein, wie soll das geschehen? Ein Gewerkschaftler, der von dem Nutzen der Organisation überzeugt ist, liest sein Verbandsorgan und besucht die Versammlungen, derselbe lernt denken. Für Klimbimbereine und große Vergnügungen hat er nichts übrig. Mit seinen Arbeitskollegen über die eigene mißliche Lage reden und Ratsschläge zu erteilen, ist seine beste Unterhaltung. Selbstiger ist selbstverständlich bei allen ersten Veranstaltungen dabei, er ist kein Duckmäuser. Sein Geld legt er in die Sparkasse, wöchentlich 60-70 Pf., mir meinen hier den Verbandsbeitrag, selbiger hält nämlich viel auf hohe Zinsen und deshalb kommt es ihm auf 10 oder 20 Pf. mehr Beitrag wöchentlich nicht an. Der Gewerkschaftler weiß auch, daß durch den Druck der gewerkschaftlichen Organisation die Löhne für Hunderttausende von Arbeitern gebessert sind, und daß auch die Arbeitszeit verschärft schon bedeutend gekürzt wurde. So ist ein Gewerkschaftler sparsam und doch opfermutig. Opfermutig sein, heißt auch für Erhöhung der Beiträge eintreten. In verschiedenen Berichten über Konferenzen oder Versammlungen in unserm Verbandsorgan liest man in der letzten Zeit, mehrfach von Erhöhung der Beiträge. Wie ein Bericht sogar mitteilte, seien einige Redner sogar für 1 M. Wochenbeitrag eingetreten. Solche Stimmen der Opferwilligkeit sind sehr erfreulich. Die Beiträge in den meisten Ortsgruppen betragen jetzt 0,60 M., in wenigen 0,65 und 0,70 M. Ein kleiner Teil von Jahrestellen hat noch den 0,50 und 0,55 M.-Beitrag. Diesen könnte man nur zurufen: „Mehr Opfermut!“ Jedenfalls ist es angebracht, in diesen letztgenannten Ortsgruppen, so bald wie möglich, zu erhöhen, um auch für starke Lokalkassen zu sorgen, denn auch diese Klassen müssen gut ausgerüstet sein, wenn sie in der Agitation u. dergl. Ersprießliches leisten wollen.

Auch unsere Zentralleitung wird und muß jedenfalls bald dazu übergehen, den Beitrag zu erhöhen. Es läßt sich diese Erhöhung nicht umgehen, wenn man bedenkt, daß besonders die Erwerbslosenunterstützungen einen großen Teil der Einnahmen fortnehmen. Nach dieser Erhöhung muß aber dann die Gewinnung neuer Mitglieder zunächst unsere Hauptaufgabe sein. Durch das fortwährende Beitragssteigern wird immer eine Stagnation eintreten. Deshalb muß die Parole sein: Vorwärts nach allen Richtungen. Stärkung der Klassenverhältnisse, so auch in den Mitgliederzahlen. Im Sturm erobern wir die Massen der Unorganisierten nicht, sondern langsam aber sicher durch unermüdbare Kleinarbeit.

Wenn wir bedenken, daß die sozialdemokratischen Verbände auch langsam vorgehritten sind, besonders in den ersten Jahrzehnten, so bedarf es auch bei uns eines sicheren, aber wohlüberlegten Tempos: 0,70 M. Wochenbeitrag kann auch jeder christlich organisierte Metallarbeiter bezahlen, dann kann ein Stillstand im Beitragssteigern eintreten. Sachliche, ruhige Aufklärung in den Versammlungen wird in diesem Punkte zum Siege führen. Was andere Verbände mit ihren starken Mitgliederzahlen nebst ihren starken Verbandskassen fertig gebracht haben, das muß auch uns Metallarbeitern möglich sein, wenn sich alle Kollegen einig sind. Die Einheit ist unsere Stärke.

W. G., Essen.

Gedankenplitter.

Warte und beschäme alles, was dich im Guten fördern kann.
Sei gegen jedermann höflich und dienstfertig, ohne für jeden Liebesdienst ohne zu verlangen. Das macht dir die Herzen der Menschen geneigt.

große Nähe und viele Arbeit. Oßern haben sie sich in Kiel ein Stellbüchlein gegeben und sich die gelben Köpfe zerbrochen, wie die Arbeitswilligenbewegung vorwärts zu bringen sei. Die „deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 18 bezeichnet diese Zusammenkunft der gelben Häuptlinge als „ein Schritt vorwärts in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ und berichtet dann weiter:

„Die Vertreter von nicht weniger als 61 vaterländischen, 1 reichstreuern und 35 sogenannten gelben Arbeitervereinen, mithin im ganzen von 97 Vereinen mit ca. 57 000 Mitgliedern sind der Frage näher getreten, ob es nicht möglich sei, zunächst eine in sich geschlossene gelbe Organisation zu schaffen und dann außerdem in ein Kartell mit den vaterländischen Arbeitervereinen zu treten. Die Führer der beiden Hauptrichtungen, die Herren Schaber und Rebus aus Berlin, waren sich darüber einig, daß ein Kartell sicherlich zustande kommen werde, doch konnte man sich nicht verhehlen, daß der engere Zusammenschluß aller gelben Werkvereine zuerst völlig durchgeführt sein müsse, und daß es hierzu nötig sei, zuerst Vorverhandlungen innerhalb der einzelnen Vereine zu pflegen. Es wurde daher mit Zustimmung des Vorstandes ein Schriftstück mit Ausnahmestellen zu schaffen und mit den Arbeiten desselben den Vorstand des Arbeitervereins vom „Werk Augsburg“ zu betrauen. An diesen sollen sich auch alle an der Konkurrenz nicht beteiligten gelben Vereine wegen etwaiger Ausnahme oder Anschluß wenden.

Ferner wurde die Gründung einer Zentral- und Krankenkasse, die nur Mitglieder der künftigen Vereinigung, also grundsätzlich keine Sozialdemokraten oder Mitglieder der freien Gewerkschaften, aufnimmt, allerseits dringend empfohlen und ein Ausschuß mit der nochmaligen Prüfung der bereits vorliegenden Satzungen betraut. Dieser Beschluß ist in Anbetracht des Umstandes, daß sich zurzeit die Hilfskrankenkassen mit nur wenigen Ausnahmen in sozialdemokratischer Verwaltung befinden, von allgemeiner Bedeutung. Im weiteren wurde der Wunsch ausgesprochen, mit Rücksicht darauf, daß eine feste Zentrale schon vor bereits bei einer größeren Anzahl von Firmen bestehenden Pensions- und Unterstützungsstellen zurzeit noch mit Schwierigkeiten verknüpft sei, möchten die einzelnen Kreise gegenseitig untereinander Verträge abschließen, worin den Mitgliedern beim Uebertritt von einer zur anderen Klasse die bereits gewonnenen Anrechte auf Pensionen, Unterstützungen usw. belassen werden, sodaß auf diese Weise den Mitgliedern der einzelnen Klassen die Freizügigkeit gewährleistet würde.

Für den späteren engeren Zusammenschluß bzw. für das Zustandekommen eines Kartells zwischen den gelben Werkvereinen und den vaterländischen Arbeitervereinen wurde als Vermittler von den Arbeitern Herr Generalmajor v. v. Vocheil, Berlin, in Vorschlag gebracht, der sich zur Annahme dieser Wahl bereit erklärte.

Jetzt wird den Arbeitswilligenvereinen wohl geholfen sein, da ein wirklicher General sich an ihre Spitze gestellt hat. Mehr können die „Vaterländischen“ und „Reichstreuen“ doch wahrlich nicht verlangen. Der Herr General wird aber vielleicht auch einmal einsehen, daß mit Truppen, die ihre eigene Standesehre preisgeben, keine siegreichen Schlachten zu schlagen sind. Erst recht nicht in der deutschen Arbeiterbewegung, wo nicht rohe Gewalt, sondern nur Ueberzeugung und Idealkennnis die Entscheidung bringen können. Wenn die deutsche Arbeiterschaft die „selbe Gefahr“ in ihrer ganzen Bedeutung erkannt hat, dann wird die Strategie des Generals der gelben Armee verfallen. Letzterer wird sich sicher keine Lorbeeren lösen, weil die denkende deutsche Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer heiligsten Güter bereit ist. Denn kein denkender, selbstbewusster Arbeiter wird einer Bewegung dienen, die von Dritten zur Unterjochung des eigenen Standes ins Leben gerufen wurde.

Der christl. Keramarbeiterverband

hat im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl um rund 3000 vermehrt. Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen betrug 62. Davon verliefen 50 erfolgreich, der Rest dagegen ohne Erfolg. In 18 Fällen kam es zum Streik. Der Abschluß von Tarifverträgen war in 7 Fällen möglich. Die Ausgaben für Streiks beliefen sich auf circa 10 000 Mark. Der Verband hat im vergangenen Jahre für seine Mitglieder eine Lohnerhöhung von insgesamt 308 075,28 Mk. sowie eine Arbeitszeitverkürzung von 17 040 Stunden erreicht.

Rechtsnachfolge infolge Lohnforderung, Entlassung ohne Kündigung, Unfallschaden usw. wurde in 437 Fällen mit Erfolg gewährt. Nicht mit eingerechnet sind hierbei die Rechtschuttsfälle, die durch die konfessionellen Arbeiterssekretariate auf Kosten des Verbandes erledigt wurden.

Nicht mit Ziffern zu bemessen ist die Zahl der indirekten Erfolge des Verbandes sowie die Fortschritte, die in bezug auf geistige Hebung, Weiterbildung und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter gemacht worden sind. Erfreulicherweise ist die Zahl der Streiks gegen das Vorjahr um 50 Prozent zurückgegangen, obwohl die erzielten Lohnerhöhungen ein Werk von 98,617 Mk. gegen das Vorjahr betragen. Es dürfte dies ein Zeichen sein, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr auf dem Boden der Verständigung zusammenfinden. Allerdings mußte da, wo es zum Streik kam, der Kampf länger und erbitterter geführt werden, als bisher der Fall war.

Ungläubige Kirch-Dunker.

Wir müssen dem H.-D. Reformblättchen „zentrale Post“ nochmals die Freude machen und uns mit ihm beglückwünschen. Das Blättchen will es noch immer nicht glauben, daß unser Vermögen an der Hauptkasse 550 000 Mark (nicht 500 000 Mk., wie die „Westb. Post“ in Nr. 19 schon verschämt heruntergegangen ist) betrage, das ist ihm unbegreiflich, das erscheint ihm als ein „Schwindelhaftes Vermögen“. Unsere diesbezügliche Feststellung, daß

dieses Vermögen in Wirklichkeit vorhanden ist, genügt dem erstaunten, ungläubigen Blatt aber nicht. — Ja, was verlangt die „Westb. Post“ denn eigentlich für Beweise? Sollen wir ihr die Belege dafür vielleicht nach Düsseldorf bringen, oder etwa das ganze in bar vorlegen? Inzwischen mag das Blatt unsere Jahresabrechnung studieren, und wenn ihm diese nicht unserer wiederholten Bestätigung noch immer nicht genügt, dann müssen wir diesen ungläubigen Thomas seinem Schicksal überlassen. Mit solchen Kindern ist überhaupt nicht zu diskutieren.

Eine weitere Frage des Blättchens, „ob die Erwerbslosenunterstützung in Duisburg aus Lokalfassen gezahlt wird?“ (wörtlich) ist so schrecklich konfus, — wie so vieles im H.-D. Lager — daß wir beim besten Willen dem H.-D. Reformpapier keine Antwort darauf geben können; wir müssen tatsächlich wieder schreiben, diese Frage ist uns zu dunkel, wie es die „Westb. Post“ schon selbst geahnt hat. Gleichzeitig kommt das Blatt auch wieder auf die Geschichte von Wilhelmshütte zurück. Daß unsere Zentralleitung sieben Monate nach Uebertritt der Ortsgruppe diese zur Abrechnung gemahnt habe, soll ein Beweis für den „Mitglieder-Schwindel“ im christl. Metallarbeiterverband sein. — Du heilige Einfalt! Solche Kindsköpfe! Nein, das ist nur ein Beweis dafür, daß diese Ueberläufer zum H.-D. billigen Jakob sieben Monate nach dem Ueberlaufen ihre Verbindlichkeiten mit dem christl. Metallarbeiterverband noch nicht geregelt hatten. Nur ein Verrückter oder H.-D. Konfusionskanzler vermag daraus einen „Schwindel mit hohen Mitgliederzahlen“ zu konstruieren. — Genügt das? — Einzelmöchten wir aber der „Westb. Post“ noch sagen: Reib und Mißgunst können selbst einem H.-D. Reformorgan nicht zur Zierde gereichen. Das sind garstige Eigenschaften.

Die Fortsetzung in Solingen.

Nachdem durch Gerichtsurteil dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Arbeitererrat in Solingen beschneidet ist, scheint genannte Organisation auch auf dem einmal betretenen Weg weiter wandeln zu wollen. Unten 2. Mai wird der „Köln. Volksztg.“ aus Solingen folgendes berichtet:

Wie gemeldet, hat der Metallarbeiterverband vor einigen Tagen den Streik bei der Firma Gottlieb Hammerstraße bedingungslos aufgehoben, den er vor 13 Monaten über die Firma verhängt hatte, nachdem er mit dieser, die er vorher im Kampfe mit den lokalorganisierten Fachvereinen unterstützt hatte, ebenfalls in Streit geraten war. Zu dieser Streikauhebung nahm heute eine außerordentliche Generalversammlung des Sollinger Industriearbeiterverbandes, dem die früheren Fachvereine jetzt angehören, Stellung. Die sämtlichen Redner erklärten, der Streik sei ohne Wissen und Willen der streikenden Metallarbeiterverbandsmitglieder auf Drängen der Stuttgarter Verbandsleitung durch die sogen. Vertrauensmänner aufgehoben worden, die mit der Sache nichts zu tun hatten. Offenbar handele es sich hierbei wieder um einen Vorstoß gegen den Industriearbeiterverband. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen.

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung des I.-A.-V. erblickt in der bedingungslosen Aufhebung des Streiks bei der Firma H. seitens des M.-A.-V. einen fortgesetzten Verrat an der gesamten Solinger Arbeiterschaft. Sie betrachtet die Handlungsweise des „großen“ Deutschen Metallarbeiterverbandes in dem Kampfe gegen die Firma H. als eine Schmach und Schande für die organisierte Arbeiterschaft und macht die Führer des M.-A.-V. für das Gelande in Betracht kommenden Solinger Arbeiter verantwortlich. Die Versammlung erklärt, über die Firma H. wird von allen Branchen des I.-A.-V. der Generalkonflikt verhängt.“

Es wird also „brüderlich“ weiter gestritten und weiter verraten. Welch schöne Gesellschaftsordnung würde es geben, wenn in einem etwaigen Zukunftsstaat diese „brüderlichen“ Genossen das Ruder in die Hände bekämen.

Ein vernünftiger Agitationsstreik.

„Sensationelle Enthüllung“, „Netter Arbeitervertreter“, so und ähnlich lautete die Ueberschrift einer Notiz, die kürzlich durch die gesamte sozialdemokratische und kirchlich-Dunderische Presse ging. Darin hieß es, man habe plötzlich die Enthüllung gemacht, daß der Reichstagsabgeordnete Behrens Mitglied des Vorstandes des Deutschen Erzgrubenverbandes sei. Da Behrens Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes und Mitglied der Siebenerkommission ist, machte man ihm den Vorwurf, er vertrete auf der einen Seite die Interessen der Grubenbesitzer, auf der anderen Seite sähe man ihn als Gewerkschaftsführer. Da die Gegner mit diesem „setzen Troden“ nicht allein in Bergarbeitertreue, sondern in allen Berufen und besonders auch in der Metallindustrie damit rechnen gehen, wollen wir die Sache auch in unserm Organ klar stellen. Das ganze Geschrei der Gegner ist nichts anderes, wie ein plumper dreister Agitationsstreik. In Wirklichkeit liegt die Sache folgendermaßen:

Zu Jahre 1905 bildete sich der „Verein zur Förderung des Erzbergbaues in Deutschland“. Das Ziel, welches sich der Verein gesteckt hatte, war, den daniiederliegenden Erz- und Eisensteinbergbau in Siegen-Rassau zu heben und wirtschaftlich günstiger zu gestalten. Da die Lage der Bergarbeiter keine glänzende ist, hatte natürlich auch der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ein lebhaftes Interesse daran, die Bestrebungen der deutschen Erzgrubenindustrie zu fördern und damit die Voraussetzung für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen der Erzbergarbeiter mit schaffen zu helfen. Da dem Gewerbeverein der Eintritt in jenen Verein freilich, beschloß dessen Vorstand den

Im April 1906 trat eine Trennung in dem Verein ein. Diejenigen Kreise, die ein größeres Interesse an der praktischen Seite der Hebung des Erzbergbaues hatten, schlossen sich zu einem Spezialverband unter dem Namen „Deutscher Erzgrubenverband“ zusammen. Dieser hatte den Zweck, auf eine praktisch-materielle Hebung der Erzindustrie und des gesamten Bergmannsstandes hinzuwirken. Der Vorstand des Gewerbevereins beschloß, dem Verbande beizutreten. Er wurde auch als körperschaftliches Mitglied aufgenommen. Behrens, den man als Vertreter des Gewerbevereinsvorstandes bestimmte, wurde in der Generalversammlung des Erzgrubenverbandes in den Vorstand gewählt. Auf Beschluß des Gewerbevereinsvorstandes nahm Behrens die Wahl an, um besser die Interessen der Erzarbeiter vertreten zu können.

Der Beitritt des Gewerbevereins zum Deutschen Erzgrubenverband sowie die Wahl Behrens in den Vorstand ist schon im Jahre 1906 in verschiedenen Zeitungen bekannt gegeben worden. Das „neuentdeckte Verbrechen“ hat sich also in vollster Öffentlichkeit vollzogen und es kann daher weder von „Enthüllung“ irgendwelcher Geheimnisse noch von einem arbeiterschädlichen Vorgehen Behrens oder des Gewerbevereins christlicher Bergleute die Rede sein. Die gegnerische Presse ist mit ihrer „sensationellen Enthüllung“ gründlich hereingefallen, mit diesem Trick war es auch nichts.

Sie leben von Almosen.

Die Frage, wovon die Gelben gespeist werden, wird im dem Geschäftsbericht des vielgenannten gelben „Arbeitervereins vom Werk Augsburg“ für das verfllossene Jahr recht drastisch beantwortet. Nach diesem Bericht betrug die Einnahme des Vereins 47 902,64 Mk. Darunter sind 38 837 Mark wohltätige „Schenkungen vom Werk Augsburg“, ferner 585,36 Mk. vom Industrieverein Augsburg zur Deckung der Gewerbegerichtswahlkosten. Bekanntlich haben sich die Augsburger Gelben an den vorjährigen Gewerbegerichtswahlen beteiligt, und jetzt erzählt man aus gelber Quelle selbst, wer die Wahlkosten bezahlt hat. An Beiträgen brachten die Mitglieder des gelben Vereins selbst ganze 3324 Mark auf, von denen aber auch noch 873 Mark von „außerordentlichen“ Mitgliedern bezahlt wurden. Von dem vorhandenen Vermögen von 124,170 Mark sind allein 100 000 Mark von dem Herrn Direktor Buz geschenkt, außerdem 6000 Mark von den Herren Buz jun., Guggenheimer und Weiffer.

Die Ausgaben verteilen sich auf alle möglichen Posten. Die gelben Mitglieder sind furchtbar unzufrieden, weil sie außer schönen Versprechungen, einem jagwürdigen Sommerfest und einer mageren Weihnachtsfeier von der gelben Herrlichkeit nichts spüren als die drückenden Steuern und Zölle, die sie selber heute wie morgen abschüteln möchten, wenn — ja, wenn diese Ketten nicht so fest und zäh geschmiedet wären. Betrachtet man sich vorstehende Abrechnung aber auch nur oberflächlich, so sieht man auf den ersten Blick, daß diese Vereine nur vom Bettel leben und mit einer selbständigen Arbeiterorganisation auch nicht das mindeste gemein haben. Es sind Almosenvereine und Schutztruppen der Unternehmern zur Niederhaltung des eigenen Standes.

Tarifabschluß im Malergewerbe.

Wie in voriger Nummer schon kurz berichtet, haben in Berlin neuerliche Verhandlungen für das Malergewerbe stattgefunden. Hierbei kam es zu scharfen Debatten, namentlich über die Frage der Mindestleistung. Die Arbeitgeber verlangten strikte, daß dem Mindestlohn eine Mindestleistung gegenüberzustellen sei, und begründeten dieses damit, daß durch den Vereinsanzeiger, das Organ der sozialdemokratischen Helfen, den Mitgliedern ein gemächliches Arbeiten empfohlen sei. Ueber diese Frage, sowohl wie über die Zuschläge bei Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, wie auch die Frage der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurden Schiedssprüche abgegeben. Im allgemeinen soll der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht werden. Die Arbeitszeit soll nur dort, wo sie länger als 10 Stunden beträgt, verkürzt werden. Außer Gutarbeitsämtern ist ein Haupttarifamt mit dem Sitz in Berlin vorgesehen. Es soll aus acht Arbeitgebern, acht Gehilfenvertretern, wovon einer von dem christlichen Verbands zu wählen ist, und drei von diesen 16 Vertretern gewählten Unparteiischen bestehen. Der Vertrag soll zunächst für die Lohngebiete, wo bislang noch keine Verständigung erzielt wurde, gelten. Falls die Gehilfenorganisationen zugeben, daß die noch im Laufe des Jahres ablaufenden Tarifverträge bis 31. Dezember 1909 verlängert werden, soll auch dieser Vertrag bis dann Geltung haben. Bis zum 7. Mai müssen die Organisationen erklären, ob sie den Schiedssprüchen zustimmen. Bis zum 16. Mai sollen auch die zivilen Differenzen geregelt sein. Solange dauert die Aussperrung der sozialdemokratischen Maler noch fort.

Soziale Rechtspredung.

Gastet der Arbeitgeber für den Schaden, welcher dem Arbeitnehmer aus der Nichtanmeldung zur Invalidenversicherung entsteht?

Diese wichtige Frage hat kürzlich das Landgericht Gießen verneint. Zur Begründung führt das Urteil an: Wenn auch der Arbeitgeber zur Anmeldung her bei ihm beschäftigten Arbeiter zur Invalidenversicherung verpflichtet ist, so muß doch bedacht werden, daß die Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes im Interesse der Arbeitnehmer gegeben sind. Somit hat sich dieser darüber zu vergewissern, ob jene Bestimmungen entsprechend seiner Versicherung bewirkt ist. Diese Verpflichtung ist eine selbstverständliche, sie besteht in seinem eigenen Interesse und er kann ihr ohne Anwendung von Mähe leicht nachkommen. Sie wird verstärkt dadurch, daß der

Versicherte sich eine Quittungskarte ausstellen lassen muß, wozu er durch Geldstrafen angehalten werden kann, und daß er die Quittungskarte bei der Stelle zu hinterlegen hat, die die Versicherungsbeiträge einzieht.

Es kann unerörtert bleiben, ob die Nichtanmeldung des Arbeiters auf ein Verschulden des Arbeitgebers zurückzuführen ist, denn selbst wenn dies der Fall sein sollte, wäre die Klage des Arbeiters aussichtslos, weil dieser sich nicht um seine Versicherung gekümmert hat. Wenn bei der Entstehung eines Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat, so hängt nach § 254 des B. G. B. die Verpflichtung zum Ersatz von den Umständen ab. Insbesondere müßte festgestellt werden, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder anderen Teile verursacht worden ist. In dem vorliegenden Falle hat der geschädigte Arbeiter durch sein völlig passives Verhalten die Entstehung nicht allein mitverschuldet, sondern sogar hauptsächlich verschuldet. Demgegenüber kommt ein etwaiges Verschulden des Arbeitgebers gar nicht in Betracht, und deshalb ist derselbe auch nicht verpflichtet, den Arbeiter schadlos zu halten.

Wer hat die Krankenhausbehandlung zu verfügen?

Ueber diese Frage herrscht in den Kreisen der Krankenkassenmitglieder viel Unklarheit. „Der Versicherungsbote“ Nr. 9 bringt zu der Angelegenheit folgende Ausführungen: Einem Kassenmitgliede wurde vom Kassenarzte auf den Krankenschein geschrieben: „Bedarf der Aufnahme in ein Krankenhaus.“ Das Kassenmitglied reiste indessen nach auswärtig zu seinen Eltern und ließ sich dort behandeln. Es erhob dann später Klage auf Zahlung des Krankengeldes und ertritt auch ein obliegendes Erkenntnis. Denn nach dem Kassenstatut trat „auf Verfügung des Vorstandes“ an die Stelle der sonstigen Unterstüzungen Kur und Verpflegung im Krankenhaus.

Da hier nur der Kassenarzt, nicht auch der Kassenvorstand Anstaltsbehandlung angeordnet hatte, hatte der Versicherte seine Ansprüche auf Krankengeld nicht verwirklicht (Entsch. des Sammergerichts v. 2. Dez. 1907, Arb. Verjorg. 1908, S. 92). Ein eigenmächtiges Verlassen des Kassenbezirks bedingt nicht den gänzlichen Verlust der Unterstüzungsansprüche. Der Anspruch auf Krankengeld bleibt vielmehr für die weitere Dauer der Erwerbsunfähigkeit gewahrt, wödingegen Ersatz der aufgewendeten Kosten für Arzt und Arzneien nicht verlangt werden kann (Entsch. des bad. Verw.-Ger.-Hof vom 9. April 1907, Arb. Verjorg. 1908, S. 97).

Aus der Metallindustrie.

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Die zur Zeit 4138 Mitglieder zählende Unternehmerorganisation der Hüttenindustrie, hielt am 3. Mai in Düsseldorf seine jährliche Hauptversammlung ab, die von annähernd 2000 Mitgliedern besucht war. Im Geschäftsbericht äußerte sich der Vorsitzende, Herr Kommerzienrat Springorum-Dortmund, auch zur gegenwärtigen Lage der deutschen Hüttenwerke. Nach einem Bericht der „M.-Westf. Ztg.“ Nr. 484 machte Redner dazu folgende Ausführungen:

„Seit der Dezember-Versammlung des Vereins hat die Beschäftigung der Werke weiter abgenommen, wenn auch nicht in dem Maße, wie es durchweg in den übrigen Ländern, in denen Eisenindustrie betrieben wird, der Fall ist. Während es nämlich den deutschen Werken gelungen ist, die Erzeugung im Jahre 1907 noch zu steigern und auch bis in die neueste Zeit annähernd auf gleichem Stande wie im vorigen Jahre zu erhalten, hat in Großbritannien schon das Jahr 1907 eine Verringerung der Rohstahlerzeugung gegen 1906 gebracht, und auch im Laufe des ersten Quartals 1908 sind weitere Rückschläge ausgeblieben worden. In den Vereinigten Staaten ist der Umschlag seit Oktober so jäh gewesen, daß im Januar die Rohstahlerzeugung weniger als die Hälfte der Produktion des gleichen Monats im Vorjahre betrug.“

Daß der Rückgang im Innlande weniger scharf erfolgte, ist zum Teil zweifellos der ausgleichenden Wirkung der Verbände zu danken; daß er weniger scharf in Arbeiterentlassung zutage trat als z. B. in den Vereinigten Staaten, ist eine Folge des Bestrebens der Werkbesitzer, stetige Verhältnisse zu schaffen. Auch für die deutschen Werke würde es vom rein kaufmännischen Standpunkte aus richtiger sein, die Erzeugung lediglich nach dem vorhandenen Bedarf zu bemessen und auf diese Weise die mit der Aufstapelung von Hoheisen, Halbfabrikaten und Trägern verbundenen mannigfachen und erheblichen Geldverluste, die namentlich in der jetzigen geldteueren Zeit besonders empfindlich werden, zu vermeiden. Man nimmt aber diese Verluste in den Kauf, um nicht die Arbeiter, wie in Amerika üblich, ohne weiteres in großer Anzahl auf die Straße zu setzen, und es scheint richtig, den zahlreichen Anfeindungen gegenüber, auf diese Tatsache mit Nachdruck hinzuweisen.

Da die letzte Hochbewegung nicht von den üblichen Nachwirkungen begleitet gewesen ist, wie diejenige des Jahres 1900, erscheint die Grundlage für die zukünftige Entwicklung als gesund, und so mehr, als durch die zurzeit fast ganz brachliegende Bauindustrie der Bedarf sich ansummelt, und sobald die Geldverhältnisse es erlauben, sich in lebhafter Weise äußern dürfte.

Für die Zwischenzeit würde es ein äußerst wünschenswerter Ausweg sein, wenn die Aufträge der Staatsbahnen schon jetzt möglichst reichlich erteilt würden und wenn die Staatsbahnverwaltung sich namentlich veranlaßt sähe, einen Teil der für die nächsten Jahre aus dem Anstöße zu beschaffenden Holzschwellen durch Eisenschwellen ersetzen und schon jetzt zu bestellen. Daß diese den Holzschwellen überlegen sind, hat ja Herr Geheimrat Haarmann in der letzten Hauptversammlung überzeugend nachgewiesen, und durch solche Bestellungen würde es den Werken möglich werden, Arbeiterentlassungen größeren Stils auch auf die Dauer zu vermeiden und die Betriebe in einem Umfange weiterzuführen, der es möglich macht, wenn bei steigender Konjunktur die Anforderungen anderer Abnehmer rasch wachsen sollten, auch der Staatsbahnverwaltung ihren Bedarf pünktlich zu liefern. Daß durch ein solches Vorgehen der Staatshahnverwaltung der Steuerkraft und dem Nationalwohlstand ein großer Dienst erwiesen würde, und zwar ohne Schädigung fiskalischer Interessen, unterliegt keinem Zweifel.“

Die Lage des deutschen Eisenmarktes ist gemäß diesen Ausführungen noch immer recht unsicher und bedenklich. Ob das Lob, daß der Verklärer selber selbstständig den Unternehmern bezüglich ihrer Arbeiterfreundlichkeit spendete, über allen Zweifel erhaben ist, darüber wird man verschiedener Meinung sein können. In allen Fällen wird es zweifellos nicht zutreffen. Und eines hätte Herr Springorum gerechterweise nicht vergessen sollen, nämlich, daß auch diejenigen Werke, die keinen Mangel an Aufträgen und somit auch keine finanzielle Einbuße zu verzeichnen haben, dennoch die Krise als günstige Gelegenheit benutzt haben, um die Löhne heranzubringen. — Dagegen hilft aber nur ein festes Zusammenhalten der Arbeiter, deshalb hinetu in den christlichen Metallarbeiterverband, ihr Hütten- und Walzwerksarbeiter, das ist euer Verein deutscher Eisenhüttenleute!

Streiks und Lohnbewegungen.

München. Die Bewegung der Eisenwerke, Stahlwerke und Kupferwerke ist mit einem Tarifabschluß beendet worden. Die Verhandlungen fanden am Einigungsamt des Münchener Gewerbegerichts statt und wurden am 6. Mai beendet. Nach einem Bericht des „Neuen Münchener Tagebl.“ wurde die 54tägige Wochenarbeitszeit erreicht (bisher 56 Std.). Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pfg. sofort und 3 Pfg. am 1. April 1909; Gewährung der Jahrgelder, wenn die Arbeitsstelle über 2 Kilometer von der Werkstätte entfernt liegt. Die Arbeitszeit wurde wie folgt geregelt: Beginn am Montag um 7 Uhr bis abends 6 Uhr, an den sonstigen Tagen Beginn 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit Ausnahme der Samstage, wo um 3 1/2 Uhr Arbeitsstillstand eintritt. Der Tarif tritt am 9. Mai in Kraft und läuft bis zum 31. März 1910. Die Arbeit wird also am kommenden Samstag zum ersten Mal um 3 1/2 Uhr beendet. An dem Tarifabschluß sind von seiten der Arbeiter beteiligt: Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiterverband und der Verband deutscher Kupferhämmer.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Angsburg. Ruzsa von Kupferhämmer für die Angsburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dortmund. Ueber die Firma „Dortmunder Feinblechfabrikation“ wurde wegen schlechter Behandlung und Akkordreduzierung die Sperre verhängt.

Freising. In der Maschinenfabrik Steinecker sind Differenzen ausgebrochen.

Angsburg. Ueber die Firma L. A. Niedinger ist die Sperre verhängt.

Osnabrück. Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

Geisweid. In der hiesigen Steigerländer Hüttenfabrik sind Differenzen entstanden.

Pforzheim. Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz-Stuhlbranche sind ausgeperrt weil sie mit einem 10% Lohnabzug nicht einverstanden waren.

Bielefeld. Ueber die Firma Reinshagen & Vogt ist die Sperre verhängt.

Unterföhen. Die Kettenhämmer und Schloffer sind in Lohnbewegung getreten.

Gevelsberg. Bei der Firma Hölken sind infolge von Lohnabzügen Differenzen entstanden.

Zuzug ist fernzuhalten.

Wien i. B. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken ein Streit und uns ein Prozeß, um die zwischen uns

und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Wien bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. Mai der einundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 17. bis 24. Mai 1908 fällig.

Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 1. Quartal noch nicht eingekandt haben, werden ersucht, Geld und Abrechnung innerhalb der nächsten Woche einzusenden.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen neuereitenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19 zu adressieren.

Die Ortsgruppe Hamm i. L. erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung staatarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Düsseldorf. Die „Genossen“ sind wieder einmal schmächtig hineingefallen. Als Scherm, der Redakteur der sozialdem. „Met.-Ztg.“, wegen Beleidigung des Kollegen Broich zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt war, da erschien das den Genossen unbegreiflich und sie legten sofort Berufung ein. Dann nahmen sie den Mund gewaltig voll und Genosse Jäger lud noch stolz und siegesbewußt unsern Redakteur Bergmann zur Berufungsverhandlung ein und leistete sich den Spruch: „Der eigentliche Angeklagte wird Broich sein.“ Nun hat die Verhandlung stattgefunden und — nach wie vor ist Scherm der „eigentliche Angeklagte“ und „Verurteilte“ geblieben.

Die ganze, für die „Genossen“ mehr wie blamable Prozeßgeschichte wird in einer Zuschrift an das „Düsseldorfer Tageblatt“, Nr. 126 u. a. folgendermaßen geschildert: Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß gegen die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“, die „Metallarbeiter-Zeitung“, Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, und dessen Beamten, Jäger, Klage wegen Beleidigung des christlichen Metallarbeiter-Verbands-Beamten Peter Broich anhängig gemacht worden sei. Damals suchte die „Volkszeitung“ mit einigen Sprüngen über diese Vorkommnisse hinwegzukommen. Heute werden die Ansichten wohl etwas andere geworden sein.

Am 4. April fand, wie schon berichtet, die Verhandlung gegen die „Volkszeitung“ und gegen Jäger statt. Der Redakteur des genannten Blattes wurde zu einer Gesamtstrafe von 180 Mark und in die nicht unbedeutenden Kosten, im Nichtbeitreibungsfalle zu 30 Tagen Haft verurteilt. Durch Gerichtsbeschluß wurde die „Volkszeitung“ gezwungen, dieses Urteil selbst zu veröffentlichen. (Siehe „Volkszeitung“ Nr. 101.) In dieser Verhandlung erklärte sich Jäger bereit, die gesamten Kosten, auch die der Gegenpartei zu übernehmen, worauf Broich noch verschiedentlichen Ermahnungen von seiten des Gerichtspräsidenten, „Güte vor Recht ergehen zu lassen“, die Klage zurückzog.

Am 22. Februar sollte der erste Termin, Broich gegen Scherm, Redakteur der „sozialdemokratischen Metallarbeiter-Zeitung“, stattfinden. Die Sache wurde vertagt, weil der „Hauptzeuge“, Genosse Jäger, fehlte. Am 7. März wurde die Klage verhandelt und wurde die „Metallarbeiter-Zeitung“, trotz eines großen Zeugenapparates, zu 30 Mark Geldstrafe und in die ziemlich bedeutenden Kosten verurteilt. Der Redakteur glaubte dagegen Berufung einlegen zu müssen, weil wiederum der „Hauptzeuge“ Jäger fehlte.

Am 5. ds. Mts. fand die dritte Verhandlung statt. Wiederum war von sozialistischer Seite ein Heer von Zeugen aufgedröben worden, um den „Beweis“ für die schäweren Beleidigungen zu erbringen. Aber auch diesmal, trotzdem der „Hauptzeuge“ Jäger anwesend war, gab es für die Ge-

nossen einen kläglichen Vereinfachung. Das Gericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz und stellte ausdrücklich fest, daß Broich durchaus korrekt gehandelt habe, die erhobenen Vorwürfe seien also vollständig grundlos. In dieser Verhandlung waren nun verschiedene Momente zu verzeichnen, welche wert sind, hier erwähnt zu werden. In erster Linie mußte Joh. Theunissen, Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, zugeben, daß von allen Genossen, welche in der Versammlung über Lohnabzüge klagten, nachher, als es sich darum handelte, der Kommission Material zu geben, keiner den Mut hatte, diese Aussagen hochzuhalten. Ferner mußte es merkwürdig an, daß selbst der „Hauptzeuge“ Zäler keine für Broich ungünstige Aussage machen konnte, trotzdem derselbe Herr den Zentralvorstand des christlichen Verbandes zu dieser Verhandlung schriftlich eingeladen hatte mit der Bemerkung: „Arnoth würde der moralisch Verantwortliche sein.“ Nun ja, die Verhandlung hat es ja gezeigt.

Dann konstatierte der Vertreter der Genossen in seinem Plaidoyer: Wenn eine Organisation, welche sozial Einfluß und Bedeutung besitzt, wie die christliche, sich zurückzieht, ist es für jede andere zwecklos, etwas zu unternehmen. Merkwürdig, daß demgegenüber die Genossen bei jeder Gelegenheit ihren Anhängern krampfhaft vorreden, die Christlichen seien bedeutungslos. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, wenn wir je mit Herrn Zäler einer Meinung waren, dann mit der, welcher er am Schlusse der Verhandlung einem seiner Kollegen gegenüber Ausdruck verlieh, in dem er sagte: „Dann weiter, das gibt uns eine teure Schmirze.“ Ein anderer Genosse antwortete: „Genügt hat es nichts.“

Wir konstatieren, daß es nicht nur nichts genützt hat, daß vielmehr der Gerichtshof das Verfahren des christlichen Verbandes als durchaus korrekt bezeichnet hat und die Genossen, ohne die finanzielle Seite in Betracht zu ziehen, auch eine schwere moralische Niederlage erlitten haben.

Bremerhaven. Hier an der Wasserfront hat unsere christliche Arbeiterbewegung gegenüber der sozialdemokratischen Hebermacht einen sehr schweren Stand. Jeder Fuß breit Terrain muß in mühevoller Kleinarbeit erobert werden. Hier in Bremerhaven sehen wir nun so allmählich auch einige Erfolge dieser schwierigen Pionierarbeit. Bis 1. April v. Js. hatten die hier bestehenden Bahlstellen der christlichen Gewerkschaften, die sich hauptsächlich aus zugewanderten rekrutierten, wenig oder gar keine Fühlung miteinander. Die Versammlungen verliefen ohne geistige Anregung, mehr als Unterhaltungsabende. Kollege Hartmann (jetzt Hamburg) gründete das Gewerkschaftskomitee und damit war ein fester Zusammenhalt unter den Kollegen geschaffen. Als hier Wochen eine Parteiverammlung abgehalten und da wir von Seiten des Bremer Sekretariats durch Entsendung eines Redners fast in jeder dieser Versammlungen in anerkannter Weise unterstützt wurden, hat sich auch das Interesse für unsere Bewegung gehoben.

Ein großer Mangel war der Mangel an geübten Disziplinärrednern, dem aber dadurch begegnet wurde, daß das Vortragsthema einige Tage vorher bekannt gegeben wird, so daß die Mitglieder sich darauf vorbereiten können. Zwischen den Kartellversammlungen finden die Branchenversammlungen statt. Wenn letztere auch in der Regel nur schwach besucht werden, so sind sie doch unumgänglich notwendig zur Erledigung beruflicher Angelegenheiten. Hier werden von den Mitgliedern die Reserate gehalten oder interessante Zeitungsartikel besprochen. Die Gewerkschafts-Prese, sowohl die untrüge wie auch die gegnerische, liefert hinreichendes Material dazu.

Um für unsere Bewegung Propaganda zu machen, wurden für einige bürgerliche Arbeiterlokale Zeitungsblätter angeschafft, in welchen unsere Gewerkschafts-Prese zu jedermanns Einsicht ausliegt. Die Beiträge zum Kartell werden von den Lokalkassen bestritten. Die Erfahrung lehrt, daß die Einführung eines Lokalwochenbeitrags von 10 Pfennig nicht so große Schwierigkeiten bereitet und zudem einträglicher ist als die Eintreibung allerhand kleiner Beiträge.

Die Vertrauensleute sind zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen berechtigt und besitzen in diesen beratende Stimme. In Anregung gebracht wurde der Austausch unserer Gewerkschaftsblätter mit solchen der gegnerischen Richtungen. Desgleichen eine engere Fühlungnahme mit den konfessionellen Vereinen, was gegenüber der roten Hochfront besonders notwendig ist. Hoffentlich werden die im Herbst d. Js. einzuführenden Unterrichtskurse den Erfolg zeitigen, daß ein Stamm von Rednern herangebildet wird, so daß, wenn auch langsam, unsere Bewegung auch hier immer mehr an Boden gewinnt.

Möblich. Zum ersten Male wollen wir von unserer noch jungen Ortsgruppe ein Lebenszeichen im Organ von uns geben. Lange hat es gedauert und große Mühe hat es gekostet, hier unserm christlichen Metallarbeiterverband Eingang zu verschaffen. Jetzt ist das endlich gelungen, hoffentlich zum Wohle und Segen der hiesigen Arbeiterschaft. Notwendig ist hier die Arbeit der Organisation schon längst gewesen und gegenwärtig mehr denn je. Die Löhne schwanken derartig, daß die meisten Kollegen überhaupt nicht wissen, was sie verdienen. Wer einmal draußen in der Welt gearbeitet hat, dem erscheint es unglaublich, was sich die hiesigen Arbeiter alles bieten lassen.

Aber bis jetzt konnten sie sich ja gar nicht zur Wehre setzen, da sie ganz allein ohne jeden Rückhalt und Zusammenhalt dastanden. So waren sie vollständig ohnmächtig und jeder Willkür preisgegeben. Die Organisation fehlte, das bejagt alles.

Nunmehr soll und muß das anders werden. Auch die hiesigen Arbeiter fangen an, endlich aufzuwachen und sich auf ihre Pflichten als Angehörige des Arbeiterstandes zu bestimmen. Eine Anzahl Kollegen sind schon in die Organisation eingetreten. Sie haben den Weg erkannt und betreten, der ihnen einzig und allein eine Besserung ihrer Verhältnisse, eine Hebung ihres Standes bringen kann. Viele Berufskollegen stehen uns aber bisher noch fern, zum Teil gleichgültig, zum Teil auch ablehnend gegenüber. Wir müssen über die großen Aufgaben und die erstrebenswerten Ziele unserer Organisation nicht aufklären. Alle diese müssen befehrt, überzeugt und für die gute Sache gewonnen werden. Jeder unserer Verbandskollegen muß

sich das Ziel setzen, einen oder mehrere der noch unmorganisierten in unsere Reihen einzugliedern. Diesen fernstehenden Arbeitsbrüder aber rufen wir zu: Wacht endlich auf, erkennet Euer Lage und helfet alle mit Hand anlegen, um ein besseres Dasein zu erringen. Getreu dem ewig wahren Wort: Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert.

Todtnau. Ein Jahr ist nun seit der Gründung unserer Ortsgruppe verstrichen. Bliden wir auf dieses Jahr zurück, so müssen wir sagen, es geht nur langsam und schwerfällig vorwärts. Es hätte manches durch die Organisation geschehen können, der eine oder andere Mißstand wäre zu beseitigen gewesen, wenn die Arbeiter selbst ernstlich gewollt, d. h. wenn sie mehr Interesse an der Organisation gezeigt hätten. Aber da fehlt es leider ganz gewaltig. Der Vorstand kann sich die größte Mühe geben, es hilft gegen den stumpfsinnigen trägen Indifferentismus nichts. Selbst die gewonnenen Mitglieder sind teilweise nur mit äußerster Anstrengung bei der Fahne zu halten, da sie in der Opferwilligkeit noch nicht ganz auf der Höhe eines überzeugten Gewerkschaftlers angelangt sind. Nicht einmal die Gewerkschaftsversammlungen werden besucht, so weit reicht das Interesse mancher Kollegen nicht.

Und doch wäre hier eine starke Organisation dringend notwendig. Die Arbeitsverhältnisse sind noch mittelalterlich im wahren Sinne des Wortes, d. h. soweit die Schattenseiten des mittelalterlichen Systems in Frage kommen. Das mag man allein daraus erkennen, daß wir noch eine 11 1/2-stündige Arbeitszeit haben. Aber wie soll das besser werden, wenn der größte Teil der hiesigen Metallarbeiter stumpfsinnig in den Tag hineinlebt und sich ruhig alles gefallen läßt. Bis jetzt sind erst drei Teil der hier beschäftigten Metallarbeiter organisiert, und dieser noch in drei Verbänden. Allerdings gehören dem sozialdemokratischen sowie dem Christ-Dunderschen Verband nur je 2 Mitglieder an, und diese Verbände haben auch keine Aussicht, je festen Boden hier zu fassen.

Kollegen von Todtnau, ruft euch endlich einmal auf, werft die Trägheit, den Egoismus und die Menschenfurcht von euch ab und bekennt euch auf eure Pflicht als Arbeiter. Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, rufen wir euch zu, dort findet ihr das, was für unsere hiesigen Verhältnisse so bitter notwendig ist.

Um unsere Mitglieder aber rufen wir den Appell, ihre Pflichten als Verbandsmitglieder ernstlicher als bisher zu nehmen, das Verbandsorgan fleißig zu studieren, die Beiträge pünktlich — am besten einige Wochen vorwärts — zu entrichten und vor allen Dingen die Versammlungen besser besuchen. Unsere Generalversammlung am 26. April war leider wieder sehr schlecht besucht. Aus dem vorerwähnten Jahresbericht sei hervorgehoben, daß sich die Mitgliederzahl zwar etwas gehoben hat, aber doch noch nicht zufriedenstellend ist. Im Berichtsjahr wurden 11 Mitglieder versammlungen abgehalten. Die Einnahmen beliefen sich auf 281,15 Mk., die Ausgaben auf 93,17 Mk. An die Hauptkasse wurden 187,98 Mk. abgesandt. An Unterstützungen wurden 54 Mark ausbezahlt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Kollegen von Todtnau! Auf die Schanzen, jetzt an die Arbeit! Der nächste Jahresbericht muß uns die drei- bis vierfache Mitgliederzahl bringen. Zeigt jetzt einmal Agitationseifer und Opfermut, wie sie jeder tüchtige Gewerkschaftler an den Tag legen muß. Alle Kräfte angespannt, um den christlichen Metallarbeiterverband hier zu einem mächtigen Schutz und Schirm unserer Arbeiterinteressen auszubauen.

Mehem. Arbeiten und nicht herumfeiern, das, liebe Kollegen, muß unsere Devise sein. Werben, wirten ohne Unterlaß bringt unsere Zahlstelle, trotz der fast unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten aller Art, vorwärts. Wenn auch mal eine Lustreinigung vorgeht und die dürren Reifer weggefegt, dann, liebe Kollegen, den Kopf hoch und Mut behalten. Daß die gute Sache zur rechten Zeit doch wieder an ihren Platz rückt, dafür zeugt auch unsere Gruppe. Hatte es am Jahreschluß den Anschein, als wenn dieselbe den Nullpunkt nicht verlassen wollte, so konnten wir in den letzten Wochen mitteilen, daß eine innerliche Erstarung, regere Anteilnahme an den Versammlungen u. zu verzeichnen war.

Jetzt können wir auch den Zuwachs von 14 neuen Mitgliedern melden. Eine Abteilung für Elektrizitätsarbeiter konnte infolge dessen errichtet werden. Aber Kollegen, jetzt heißt es weiter gewirkt, die Versammlungen müssen jetzt von allen Mitgliedern besucht und auch die fernstehenden Freunde in dieselben mitgebracht werden.

Böllingen. (Wer nicht variert, der fliegt.) Nach diesem Grundsatz handelt nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch Unternehmer der Großindustrie des Saarebiers. Hunderte von braven Arbeitern sind schon brot- und heimatlos geworden, weil sie sich nicht in klavischer Demut ihrem „Brotherren“ unterwerfen wollten und zwar in Angelegenheiten, die mit der Arbeit nichts zu tun haben. Ein neues Opfer saarabischer Industriebesitzer ist der Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes in Böllingen, der Kollege Benedum, geworden. Diesem Arbeiter, der 14 Jahre seine Arbeit im Hochtöhlischen Hüttenwerk treu verrichtet hat, wie selbst die Vorgesetzten des B. zugestanden haben, wurde gekündigt, weil er vor einem Jahre (!) einen Arbeiter gefragt haben soll: „Sagt Du keine Lust am Verbands?“

Daß hier ein Denunziant im Spiel ist, liegt klar vor Augen. Am 13. März d. Js. wurde Benedum zum Betriebsleiter Amende besordert, der B. fragte, ob er im Betriebe agitiert habe, was Benedum bestritt. Jetzt wurde der Kronzeuge vorgeführt, der Arbeiter Peter Stahl-Böllingen. Schultze, welcher die Erklärung gab, Benedum habe im Monat März 1907 gefragt, ob er keine Lust am Verbands habe. Als Benedum dies nicht abstreiten konnte, erhielt er die Kündigung. Von anderer Seite wird behauptet, B. sei nicht auf die Strafe gekommen wegen des hier besprochenen Vorfalls, sondern lediglich weil B. Vertrauensmann des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes sei.

Mögen die Arbeiter von Böllingen die richtige Antwort geben, indem sie eintreten in die Reihen der für Freiheit und Recht kämpfenden Männer, in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband.

Und Saarebier wird uns unter der Heberschiff
„Ein Berliner Sachabteiler als Denunziant“
folgendes geschrieben: „In der vorletzten Nummer des Berliner „Arbeiter“ stimmen die Berliner ein wahres Jammerlied über die Kampfweise der christlichen Gewerkschaften gegen die konfessionellen „Waffen“ (Berliner Sachabteiler im Saarebier an. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß im ganzen Saarebier keine Arbeiterorganisation mit so erbärmlichen Mitteln arbeitet als gerade die Sachabteiler.“

Wreck beleuchtet wird die Kampfweise der Berliner durch die Denunziation von Seiten eines Sachabteilers in Fraulautern. Ein kürzlich in Fraulautern zugewandenes Mitglied des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes gab einem Vertrauensmann des kath. Arbeitervereins in Fraulautern ein Verbandsorgan („Metallarbeiter“) zum Lesen und erbat sich denselben auch, daß er im christlich-soz. Metallarbeiterverband organisiert sei. Der Anhänger der Berliner „Werkstätigkeit und Liebe“ hatte nichts eiligeres zu tun, als den Gewerkschaftler zu denunzieren und die ihm geschenkte Zeitung dem Betriebsleiter zu übergeben. Der Kollege wurde vom Meister zur Rede gestellt und erhielt die Kündigung. — Jede weitere Bemerkung würde die Wirkung dieser Zeilen abschwächen.

Duisburg. In unserer letzten Mitgliederversammlung erstattete zunächst unser Kassierer Kollege Heithausen den Kassenbericht vom ersten Quartal 1908. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 921, aufgenommen wurden im Quartal 262, aus anderen Verbänden beigetreten 7, zugereist 4, zusammen 794 Mitglieder. Ausgetreten sind 90, abgereist 33, mithin Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 651.

Die Gesamt-Einnahme betrug 4 169,10 Mk.; die Ausgabe für die Hauptkasse betrug 1694,17 Mk., davon für Krankenunterstützung 983,13 Mk., Arbeitslosenunterstützung 99 Mk., Wanderunterstützung 35,50 Mk.; an die Zentrale wurden abgeschickt 1808,46 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 2492,25 Mk., die Ausgabe 1475,23 Mk., mithin Bestand der Lokalkasse 1017,02 Mk.

Im Beitragsmarkt wurden verkauft 6648 a 60 Pfg., 135 a 20 Pfg., Delegiertenmarken 383. Der Kassierer rügte, daß noch so viel Mitglieder die Delegiertensteuer nicht entrichten, die Mitglieder seien zu dieser Steuer verpflichtet und die Vertrauensmänner sollten die Mitglieder besser dazu anhalten.

Aus der Abrechnung können die Kollegen erkennen, daß sowohl Vorstand wie Vertrauensmänner im verflochtenen Quartal ihre Pflicht getan haben. Wenn aus irgendetwas Mitglieder verloren gingen, so liegt der Hauptgrund wohl in dem schlechten Versammlungsbesuch, der leider im letzten halben Jahre bei uns eingetrieben ist. Leider sind es viele unserer älteren Mitglieder, die die Versammlung nicht mehr besuchen. Kollegen, das muß anders werden, wollen wir durch unsere gewerkschaftliche Tätigkeit etwas erringen, dann muß unsere Arbeiterschaft vor allen Dingen geschult sein. Das kann nur durch regen Versammlungsbesuch geschehen.

In unserer vorletzten Versammlung wurde der Antrag gestellt, nachdem die Bezirkskonferenz in Oberhausen einstimmig den Beschluß gefaßt hat, den Beitrag auf 70 Pfg. zu erhöhen, nun auch unsererseits mit der Einführung des 70 Pfg.-Beitrages den Anfang zu machen. Die einzelnen Disziplinärredner traten ganz entschieden dafür ein, weil durch die Erwerblosen-Unterstützung die Arbeitslose des Verbandes bei den jetzigen Beiträgen zuviel geschwächt würde und wir bei kommenden Kämpfen unter allen Umständen gestärkt sein müssen.

Wenn der sozialdemokratische Verband den erhöhten Beitrag schon längere Zeit erhebt, so werden unsere Mitglieder daselbe leisten können. Aus diesen Gründen muß jeder denkende Kollege zu der Ueberzeugung kommen, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, höhere Beiträge zu zahlen. Hieraus ergeben sich die Kollegen, wie notwendig es ist, mit dabei zu sein, die Versammlungen eifrig zu besuchen und unermüdet in der Agitation mit tätig zu sein zu seinem und des ganzen Verbandes Nutzen.

Aus dem Unternehmerlager.

Eine schlechte Benur

Bekamen die Arbeiter im Jahresbericht der Handelskammer des Regierungsbezirks Arnberg für das Jahr 1907. Die mehr wie einseitigen und von der gepriesenen „Kameradschaftlichkeit“ durchaus nicht angekränkelten Ausführungen des Scharfmacher-, pardon, Handelskammerberichts lauten wie folgt:

„Wir wollen unsere allgemeinen Betrachtungen nicht schließen, ohne einen Blick auf die Arbeiterverhältnisse geworfen zu haben. Der Mangel an Arbeitskräften, der früher als ein Hemmnis für eine gedeihliche Weiterentwicklung beklagt wurde, hat im Januar 1907, wenigstens in seiner ersten Hälfte noch angehalten. Die fortgesetzte Verteuerung aller Lebensmittel — zu der im Jahre 1906 von weiten Kreisen beklagten Fleischveruerung gesellen sich im Berichtsjahre auch höhere Getreide- und Brotpreise, — zog in Verbindung mit dem Mangel an Arbeitskräften zum Teil eine weitere unverhältnismäßige Erhöhung der Arbeitslöhne nach sich. Während nun mit der fortschreitenden Abflauung für die verschiedenen gewerblichen Zweige allmählich normalere Verhältnisse eintreten, war an eine Ermäßigung der gestiegenen Arbeitslöhne nicht zu denken. Bezüglich der Qualität der Arbeitskräfte bestehen die Klagen noch fort, wie wir schon in unserm letzten Bericht zum Ausdruck bringen mußten. Die Leistungen ließen vielfach trotz höherer Löhne recht viel zu wünschen übrig und ein gewisses Widerstreben gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen war hauptsächlich seitens der jüngeren Arbeiter fortgesetzt wahrnehmbar.“

Von einer Reihe von Firmen wird uns auch berichtet, daß Fälle von Simulation oder Uebertreibung zum Schaden der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften beobachtet werden konnten, wie überhaupt die Neigung der Arbeiter, kleine Unpäßlichkeiten zu übertreiben und dierhalb von der Arbeit wegzuschicken, zugenommen hat.

Von der Mehrzahl der Arbeiter wurden die günstigen Verhältnisse nicht etwa dazu benutzt, für schlechte Geschäftszeiten einen Sparproben zuzulegen, vielmehr blieben sie in der Hauptache dazu, die Vergnügungssucht und den Wirtshausbesuch zu fördern.

Am dieser Stelle drängt es uns, schließlich noch darauf hinzuweisen, daß das Tragen von Revolvern bei Arbeitern einen immer größeren Umfang annimmt. Daß der Besitz einer solchen Schußwaffe leicht gefährlich werden kann, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.

Wer diesem Scharjmachereerguß Glauben schenkt, muß zu der Ansicht kommen, daß die Arbeiter des Regierungsbezirks Arnberg sich in ihrer Mehrzahl aus Simulanten, Trunkenbolden und Revolverhelden zusammensetzen würden. In Wirklichkeit aber ist das eine grenzenlose Übertreibung und unehrliche Verallgemeinerung, gegen die wir ganz entschieden Verwahrung einlegen müssen.

Sätze wie der, die Mehrzahl der Arbeiter hätten die günstigen Lohnverhältnisse (!) nicht zum Sparen benutzt, sondern die Vergnügungssucht und den Wirtshausbesuch damit gefördert, enthalten eine schwere Beleidigung für die Tausende solider Arbeiter, die den Vergnügungsrummel und die Auswüchse des Alkoholismus nicht fördern, sondern systematisch bekämpfen, wie jene Leute, die vorstehende Scharjmachereien verbrochen haben.

In jedem Stand, in jedem Beruf, in jeder Gesellschaftsschicht gibt es fragwürdige Elemente, die ihrem Stand nicht zur Ehre gereichen. Ebenso wie es sich die andern Stände, z. B. der Offiziersstand, die Beamten, die Unternehmer usw. mit Recht verbitten, nach ihren unwürdigen Standesgenossen beurteilt zu werden, ebenso entschieden muß auch der Arbeiterstand Verwahrung dagegen einlegen, nach der Speise seines Standes beurteilt zu werden.

Die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter, vorweg die organisierte Arbeiterschaft, steht auch in Wirklichkeit geistig und sittlich jedenfalls ebenso hoch wie auch die Mehrzahl der übrigen Stände. In welcher Gesellschaftsschicht prozentual die meisten verkommenen Elemente sind, das ist doch recht fraglich und nach den Skandalprozeßen der letzten Zeit hätten gerade die besitzenden Klassen am wenigsten Veranlassung, mit solch plumpen Stimmen nach dem Arbeiterstand zu werfen, wie es in dem vorstehenden Bericht einer geschlechtlich anerkannten Institution geschieht.

Die Arbeiter des industriereichen Regierungsbezirks Arnberg aber mögen aus den Scharjmachereien des Handelskammerberichts wieder eines lernen, nämlich ihre Dignität als Einzelindividuum einzulassen. Von der „Güte“ und dem „Wohltwollen“ solcher Unternehmer ist freilich nichts zu erwarten. Mundspitzen hilft hier nichts, da muß gepiffen werden. Deshalb hinein in die Berufsorganisation, in den christlichen Metallarbeiter-Verband, der Euerer Interessen wahren und Euer Rechte verteidigen wird.

Soziales.

Sprachenparagraph und ausländ. Arbeiter.

Um den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgeistes ganz würdigen zu können, muß man wissen, daß schon nach der Zählung im Jahre 1900 im deutschen Reiche 4 231 129 Personen mit einer fremden Muttersprache vorhanden waren, darunter 3 086 489 Polen, 142 049 Masuren, 106 305 Litauer, 100 213 Kasubier, 93 032 Wenden; ferner war bei 64 382 Personen Mährisch, bei 43 116 Tschechisch, bei 211 679 Französisch, bei 141 064 Dänisch, bei 20 677 Friesisch, bei 80361 Holländisch, bei 65 930 Italienisch, bei 11 872 Wallonisch die Muttersprache. Diese über 4 Millionen sollen in der Sprachenfrage minderen Rechts sein, sie sollen ihre Muttersprache in öffentlichen Versammlungen nur während der Wahlzeit und im übrigen auf einen Zeitraum von 20 Jahren nur da anwenden dürfen, wo sie über 50 Prozent der Bevölkerung

besitzen; also noch nicht einmal die Mehrheit soll ihnen das Recht der Muttersprache gewähren. Und nach dieser Gnadenfrist soll für sie auch da, wo sie fast die ganze Bevölkerung bilden, die Muttersprache in den öffentlichen Versammlungen untersagt sein; denn daß bis dahin ein Mißschritt beseitigt wird, scheint uns ein unberechtigter Optimismus zu sein.

Wie ist nun aber sofort die Wirkung dieser Prozentverteilung? Ueber 2 Millionen, also rund 50 Prozent, fallen danach sofort unter das Sprachenverbot und bei der Verteilung auf die einzelnen Kreise sieht die Sache noch schlimmer aus. Von 139 Kreisen würde nämlich nur in 48 die Versammlungssprache vorläufig frei, in 91 dagegen das Nichtdeutsche sofort verboten sein. Auf die einzelnen Fremdsprachen verteilt sich das folgendermaßen: Die Polen behalten die Sprachfreiheit in 42 Kreisen und verlieren sie in 49, die Kasubier, heftigen sie in 2 und verlieren sie in 1, die Litauer verlieren sie in 7, die Wenden in 5, die Mähren in 1, die Holländer in 5, die Wallonen in 1 Kreise, die Dänen behalten sie in 3 und verlieren sie in 1, die Friesen in 1, die Französisch sprechenden Elßaß-Lothringer behalten sie in 1 und verlieren sie in 7 Kreisen. Dazu kommen noch die Kreise mit verschiedenen fremdsprachigen Elementen, wo durch die Prozentverteilung die deutsche Minderheitsprache das Mehrrecht erhält, so in 2 Wahlkreisen mit polnischer und kasubischer, in 8 mit polnischer und masurischer, in 1 mit polnischer und mährischer Bevölkerung, in 1 mit friesischer und dänischer Bevölkerung.

Berichtigung.

Unter den Selbelngängen im April sind die für Amberg angegebenen 1673 Mark von Sulzbach eingeliefert, nicht von Amberg.

Briefkasten.

Nach Hannover. Die Versammlungsanzeige war so eingeliefert worden. Sonst wäre sie am Anfang des Monats nicht für den 30. aufgenommen worden. Wir möchten bei dieser Gelegenheit alle Ortsgruppenleitungen ermahnen, ihre Versammlungsanzeigen nicht 3 und 4 Wochen vorher, sondern erst für diejenige Nummer einzuliefern, die den Mitgliedern vor der Versammlung zulezt in die Hände geht. — Nach Ahlen i. W. Die Geschichte zieht sich so lange hin, weil eine Untersuchung wegen Verdachts des Meineids gegen den Zeugen D. . . . eingeleitet war und zuerst abgewartet werden sollte. Wie wir hören, ist dieses Verfahren jetzt vom Gericht eingestellt worden. Es war also nicht! Die Herren von der A. G. haben bei der ganzen Geschichte wenig Glück.

Sterbetafel.



Verlautenheide. Am 1. Mai starb unser treuer Kollege Adam Simons im Alter von 60 Jahren infolge Luftröhrentzündung.

Köln-Sumbold Kolonie. Am 20. April starb nach langem Lungenleiden unser Kollege Ritter im Alter, von 45 Jahren.

Stolberg. Am 2. Mai, starb unser Kollege Paul Nyß, im Alter von 39 Jahren an Nierenleiden.

Ober a. Harz. Am Dienstag, den 5. Mai, starb unser Kollege August Diederich, im Alter von 42 Jahren an einem chronischen Leberleiden.

Bfrozheim. Unser Kollege Christian Marloß, Ketten schmied starb am 7. Mai im Alter von 47 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Der erste Jahresbericht des Kartellsekretariats der christlichen Gewerkschaften zu Köln ist soeben, 58 Seiten stark, fertiggestellt, erschienen. Derselbe ist in kurzen Kapiteln übersichtlich geordnet und enthält u. a. die Eingabe im Wortlaut, die bezgl. der Einziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworenen an die Stadtverwaltung gerichtet wurde. Außer über die Tätigkeit des Kartells, wird auch über die der angeschlossenen Organisationen berichtet und insbesondere die erzielten Erfolge berücksichtigt. Das Schriftchen ist zum Preise von 20 Pfg. franco durch die Buchhandlung des Generalsekretariats, Köln, Palmstraße 14, zu beziehen.

— Delegiertenwahlen zur Generalversammlung. — Der Wahlvorstand für den 33. Wahlbezirk umfassend die Ortsgruppen Ober, Goslar, Altenau, Hilsfeld, Dingelstedt, Eisenach, Rosfeld, Klausthal, Langelsheim, Mühlhausen in Th. u. Seligenthal setzt sich zusammen aus Franz Grieb, Hüttenarbeiter in Ober, Borsfelder, Ludwig Eggers und August Jannetoth, in Ober. Sämtliche Schreiben über den Delegiertenwahl und von den Ortsgruppen an Kollege Franz Grieb, Ober b. Goslar zu richten.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Ahlen. Sonntag, den 17. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokale Wiegard.

Amun. Mittwoch, den 20. Mai, abends 6 Uhr bei Foppe.

Arsfeld. Am Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Gastwirt Linze.

Böckum. Sonntag, den 24. Mai, morgens 11 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus.

Bromberg. Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung bei H. A. Schumann, Prinzenstraße. — Nächste Mitgliederversammlung: Sonntag den 24. Mai, nachmittags 1/2 2 Uhr bei H. A. Schumann, Prinzenstraße, 4. Schloß.

Crefeld. Sekt. der Elektromonteur. Samstag, den 23. Mai, abends 9 Uhr Versammlung bei Mella, Rheinstraße.

Dortmund. Sonntag, den 17. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Duisburg 1. Die Adresse des Anfahranten ist Adam Reyer, Wankheimerstr. 62. Telefonnummer 2077.

Eckelau Durlach. Sonntag, den 17. Mai, abends 8 Uhr Lichtbildervortrag Eintritt à Person 25 Pfg.

Ortsverwaltung Essen. Sonntag, den 17. Mai vorm. 1/11 Uhr im Vereinshaus Essen-Altendorf Unterdorffstr. 8 vierteljährige Generalversammlung. Ohne Verbandsbuch keinen Zutritt. Die Sektionsversammlungen fallen aus.

Sektion Ettlingen. Sonntag, den 24. Mai, abends 8 Uhr im Saale zur Sonne Lichtbildervortrag.

Seidentirchen Ortsverwaltung. Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Leute, Essen, bei Dirls.

Selkenkirchen Schalte. Sonntag, den 17. Mai, vorm. 11. Uhr bei Wegener

Goslar. Am 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Restaurant „Zum Fortkhaus“. Vertagung wegen der am 21. Mai, stattfindenden Bezirkskonferenzen.

Verwaltungsstelle Hannover. Sonnabend, den 16. Mai präzis 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Arbeiter-Festsaal, Hannover, Am Wall 3 (Zimmer 1 u. 2) Bericht von der Bezirkskonferenz.

Ortsverwaltung Hamm. Die Geschäftsstelle ist jetzt Reichstraße 94. Geöffnet von 11—1 1/2 Uhr und von 5—8 Uhr, Donnerstag und Sonntag geschlossen. Unterstützungen werden nur von 11—1 1/2 Uhr ausbezahlt.

Hannover-Linden. Sonnabend, den 30. Mai, 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im neuen hannoverschen Arbeiter-Festsaal, Am Wall No. 3, Zimmer 1 und 2. Bericht von der Bezirkskonferenz u. Bielefeld.

Serra. Dienstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Rosenkranz.

Langelsheim. Freitag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung bei Winkelmann.

Ortsverwaltung Mannheim. Sonntag, den 17. Mai, 1/11 Uhr im großen Saale des Gesellenhauses N. 1. 17, gemeintame Mitgliederversammlung aller Sektionen. Tagesordnung: Beitragserschöpfung.

München. Samstag, den 16. Mai 1908, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Kolleggarten, Schwantalerstr. 18. Referent: Gewerkschaftssekretär Schwarz.

Rebighed. Nächste Versammlung am Samstag, den 30. Mai abends 8 1/2 Uhr bei Joh. Spei, Wilhelmstraße. Vortrag eines auswärtigen Redners.

Ortsverwaltung Oelde. Sonntag, den 17. Mai 1908, nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Wühlentamp öffentliche Versammlung. 1. Die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohns. Referent: Kollege Weinbrenner, Hamm. 2. Warum organisieren wir uns christlich? Referent: Kollege Rosene Werner, Aderborn.

Siegen. Samstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Demant, Warburgertor 1, Mitgliederversammlung.

Schramberg. Nächste Versammlung Samstag, den 16. Mai abends 8 Uhr im Bären.

Södingen. Samstag, 23. Mai abends 9 1/2 Uhr bei van Geld außerordentliche Generalversammlung. T. D.: Einführung des 70 Pfg. Wochenbeitrages. Ref. Bezirksl. Broid, Düsseldorf.

Siegen. Sonntag, den 24. Mai, morgens um 10 Uhr im Restaurant Minoriten, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Siertrade. Sonntag, den 17. Mai, vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshause Mitgliederversammlung.

- flugzettel :: :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut-Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Druckfachen

Liefere wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postpaket

:: :: :: Genossenschaftsdruckerei :: :: ::

Echo vom Niederrhein, Duisburg.

Kalk! Kalk!
Den w. Mitgliedern bei jedem Einkauf
10% Rabatt
bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Edmund Esser, Kalk
Hauptstrasse 91, 93, 95, 97.
Herren- und Damen-Konfektion,
Manufakturwaren.